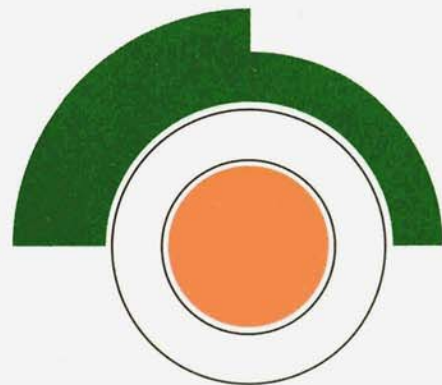


# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 1



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 23. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 14. 1. 1992

## WORT UND WIDERWORT

### Kapituliert mit dem Bagatellerlaß der Staat vor der Kleinkriminalität?

Die SPD-Fraktion begrüße die Erprobung des vereinfachten Verfahrens bei der Bearbeitung ausgewählter Delikte. Die Polizei könne in ihrer Arbeit entlastet werden und freiwerdende Arbeitskapazitäten bei der Bekämpfung anderer, besonders sozialschädlicher Formen der Kriminalität einsetzen. Es gehe also nicht um ein Zurückweichen vor Straftätern, sondern um eine Stärkung der Polizei. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Stefan Frechen**. Der CDU-Abgeordnete **Heinz Paus** betont, der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Gewalt und Kriminalität sei eine zentrale Aufgabe des Landes. Das gelte auch für die sogenannte Alltagskriminalität. Diese Kriminalität werde aber kaum noch bekämpft, sondern weitgehend nur noch verwaltet. Der Grund sei die Personalmisere der Polizei. Mit dem Bagatellerlaß kapituliere Innenminister Schnoor vor dieser von ihm zu verantworteten Situation. Der F.D.P.-Abgeordnete **Heinz Lanfermann** meint, der Bagatellerlaß des Innenministers sei die Dokumentation der Kapitulation und sein Offenbarungseid auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit. Durch ihn werde deutlich, daß der Innenminister Hand in Hand mit dem Justizminister, der schon vor fünf Jahren mit seinem „Eierdieberlaß“ die strafrechtliche Verfolgung von Eigentumsdelikten bis zu einem Wert von 100 Mark faktisch aufgehoben habe, den Schutz des Staates verwehre. Der Grünen-Abgeordnete **Roland Appel** erläutert, was zähle, sei das Risiko für den Täter, erwischt zu werden und seine Pflicht, den Schaden zu ersetzen, inklusive einer Art „Schmerzensgeld“ für die Opfer. Darum gehe es den Opfern der Bagatellkriminalität auch in erster Linie. Hier müßten neue Modelle der Konfliktregelung unter dem Damoklesschwert der Androhung von Sanktionen gefunden werden. (Seite 2)

### Präsidentin legt Arbeitsbilanz des Landtags vor

## Mehr parlamentarische Aktivitäten

Landtagspräsidentin **Ingeborg Friebe** hat die Arbeitsbilanz des Landtags Nordrhein-Westfalen für das Jahr 1991 vorgelegt. Aus ihr geht hervor, daß die parlamentarischen Aktivitäten gegenüber 1990 zum Teil beträchtlich angestiegen sind.

Bis zum 10. Dezember 1991 fanden an 31 Sitzungstagen Plenarsitzungen statt. 714 Kleine Anfragen sowie 316 Mündliche Anfragen wurden registriert. Hinzu kamen fünf Große Anfragen. Diese reichten von der Betreuung und Förderung im schulischen Bereich bis zu Sport und Gewalt. 53 Gesetzentwürfe wurden behandelt und 16 Gesetze verabschiedet. Die Palette der Gesetze reichte von der Einführung einer gemeinschaftlichen Klassenlotterie mit anderen Bundesländern, über Änderungen des Flüchtlingsaufnahmegesetzes, des Studentenwerkgesetzes, des Feiertagsgesetzes, der Haushaltsgesetze bis zur Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts. Insgesamt 154 Anträge verzeichnet die Statistik für 1991. 66 Entschließungsanträge wurden behandelt. Hinzu kamen 57 Änderungsanträge.

In zwölf Aktuellen Stunden wandte sich der Landtag akuter Thematik zu. Stellvertretend zwei Themen: Kienbaum-Gutachten und Pflegeversicherung.



„Hausmeister, kommen Sie doch mal hoch, hier im 9. Stock ist irgendwas mit der Müllentsorgung nicht in Ordnung.“  
Zeichnung: Wolter (Ruhr-Nachrichten)

## Die Woche im Landtag

### Abfallvermeidung

Abfallvermeidung wird immer dringender. Weniger Hausmüll lautet die Forderung. Aber auch Industriebetriebe müssen Abfallkonzepte aufstellen. (Seiten 3 und 14)

### Bandbreite

Von der Gemeindefinanzierung über Schulfragen bis zur Wirtschaftspolitik reichte die Bandbreite der zweiten Lesung des Haushalts 1992. „Landtag intern“ schließt mit dieser letzten Folge die Etat-Berichterstattung ab. (Seiten 5 bis 10)

### Stiftung

Nordrhein-Westfalen steht weiter zur Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Das ergab eine Aussprache im Plenum des Landtags. (Seite 15)

### Landwirtschaft

Mit den Auswirkungen der laufenden GATT-Verhandlungen und der EG-Reformvorschläge zur Agrarpolitik auf die Landwirtschaft in NRW hat sich der Landtag befaßt. (Seite 16)

### Fehlbelegungsabgabe

Der Petitionsausschuß des nordrhein-westfälischen Landtags muß sich immer häufiger mit Petitionen zur Fehlbelegungsabgabe befassen. (Seite 18)

### Klär Schlamm

Die Emschergerossenschaft soll ihren Klärschlamm aus Sachsen-Anhalt zurückholen: Er kann nicht in den dortigen veralteten Kraftwerken verbrannt werden. (Seite 20)

## WORT UND WIDERWORT

# Arbeitsaufwand im Bereich der Polizei verringern

Von  
Stefan Frechen

Seit Anfang des Jahres erproben die Polizeibehörden des Landes Nordrhein-Westfalen ein „Vereinfachtes Verfahren bei der Bearbeitung ausgewählter Delikte“. Ziel dieses vereinfachten Verfahrens ist eine Rationalisierung der polizeilichen Arbeit durch Verwendung standardisierter Formulare bei der Bearbeitung der Kleinkriminalität, z. B. durch Verkürzung des Schriftverkehrs und Vereinfachung der Vernehmungen von Beschuldigten und Zeugen. Gerade in Ermittlungsverfahren, die erfahrungsgemäß von der Staatsanwaltschaft eingestellt werden, ist es erforderlich, den Arbeitsaufwand auch im Bereich der Polizei zu verringern. Selbstverständlich bedeutet dies nicht, daß in Nordrhein-Westfalen künftig Kleinkriminalität nicht mehr durch die Polizei verfolgt wird. Auf die für das strafrechtliche Ermittlungsverfahren not-

Von  
Heinz Paus

In Nordrhein-Westfalen hat sich die Zahl der bekanntgewordenen Straftaten in den letzten 20 Jahren auf heute über 1,2 Millionen verdoppelt. Dabei wird nach Meinung von Experten nur ein Bruchteil aller Straftaten überhaupt angezeigt.

Der Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger vor Gewalt und Kriminalität ist eine zentrale Aufgabe unseres Landes. Das gilt auch für die sogenannte Alltagskriminalität. Diese Kriminalität wird aber kaum noch bekämpft, sondern weitgehend nur noch verwaltet. Der Grund ist die Personalmisere bei der Polizei unseres Landes. Mit dem Bagatellerlaß kapituliert Innenminister Schnoor vor dieser von ihm zu verantwortenden Situation und damit vor der Alltagskriminalität. Anders kann es nicht verstanden werden, daß nach Anweisung des Innenministers Delikte wie vor-

Von  
Heinz Lanfermann

Die Kapitulation vor der Kleinkriminalität ist in Nordrhein-Westfalen bereits in den 80er Jahren erfolgt, indem die Funktionsfähigkeit der Polizei immer weiter reduziert wurde. Es handelte sich um einen schleichenden Prozeß, der aufgrund falscher Schwerpunktsetzungen in der Politik der SPD-Landesregierung — und damit falscher Schwerpunktsetzung in der Haushaltspolitik — dazu führte, daß Polizei und Justiz den wachsenden Anforderungen nicht mehr folgen konnten. Tausende von fehlenden Stellen und eine weit hinter der modernen Entwicklung zurückbleibende technische Ausstattung haben dazu geführt, daß aus Kriminalitätsbekämpfung nur noch Kriminalitätsverwaltung wurde. Der Bagatellerlaß des Innenministers ist daher nur die Dokumentation der Kapitulation und sein Offenbarungseid auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit. Durch ihn wird deutlich, daß der Innenminister Hand in Hand mit dem Justizminister, der schon vor fünf Jahren mit seinem „Eierdieberlaß“ die strafrechtliche Verfolgung von Eigentumsdelikten bis zu einem Wert von 100 Mark faktisch aufgehoben hat, den Bürgerinnen und Bürgern

Von  
Roland Appel

Seit Jahresbeginn wendet nun auch die nordrhein-westfälische Polizei bei ausgewählten Fällen der Bagatellkriminalität das sogenannte „vereinfachte Verfahren“ an. Abgesehen von dem Gebrauch neuer Formulare und der aus dem Ordnungswidrigkeitenrecht bekannten Möglichkeit, Beschuldigte auch schriftlich anzuhören, wird sich nicht viel ändern. Bedauerlicherweise!

Die meisten der genannten Delikte, wie Ladendiebstahl oder Schwarzfahren, geschehen inzwischen derart massenhaft, daß die Wochenzeitschrift „Die Zeit“ schon von den Deutschen als einem „Volk von Langfingern“ sprach. Sind solche Gesetzesübertretungen mittlerweile gesellschaftlich akzeptiert? Hat das Strafrecht, als härtester Eingriff des Staates, hier noch seine Berechtigung? Der stereotype Ruf nach Rechtsverschärfungen bringt jedenfalls nichts, wie die Vergangenheit zeigt. Die Rückfallquoten sind unverändert hoch. Was zählt, ist das Risiko für den

### SPD: Stärkung der Polizei im Interesse der Bürger

wendigen Feststellungen wird nicht verzichtet, und die Ermittlungstätigkeit der Polizeibehörden wird nicht eingeschränkt.

Die SPD-Fraktion begrüßt die Erprobung des vereinfachten Verfahrens. Die Polizei kann in ihrer Arbeit entlastet werden und freierwerdende Arbeitskapazitäten bei der Bekämpfung anderer, besonders sozialschädlicher Formen der Kriminalität einsetzen. Dies unterstützt einen verbesserten personellen Einsatz der vorhandenen Polizeikräfte bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität.

Das vereinfachte Verfahren versetzt damit die Polizei in die Lage, stärker und effektiver zum Nutzen der Bürger tätig zu werden. Es geht also nicht um ein Zurückweichen vor Straftätern, sondern um eine Stärkung der Polizei im Interesse der Bürger unseres Landes.

### CDU: Schnoor kapituliert vor Alltagskriminalität

sätzliche Körperverletzung, Sachbeschädigung, Bedrohung, Diebstahl, Unterschlagung und Betrug künftig nur noch auf standardisierten Fragebögen registriert werden, ohne daß irgendwelche Anstrengungen für eine Aufklärung der Straftat unternommen werden. Mit dieser Bearbeitungsform gehen auch wichtige kriminalpolizeiliche Erkenntnisquellen verloren.

Mit diesem Erlaß kapituliert nicht nur der Staat vor der Kleinkriminalität, er schadet darüber hinaus auch dem Rechtsbewußtsein unserer Bürger. Diese Verfügung des Innenministers und der „Eier-Dieb-Erlaß“ des Justizministers sind auch Signale an die Täter. Sie müssen den Eindruck gewinnen, daß ihre Straftaten nicht mehr mit der vollen staatlichen Gewalt verfolgt werden sollen.

### F.D.P.: Enttäuschung über Politiker wächst

den Schutz des Staates verwehrt. Es werden nicht nur bei einer Vielzahl von Straftaten die Opfer mit Schaden und Verbitterung zurückgelassen, nicht nur amüsieren sich die Täter über einen unfähigen Staat, die Folgen einer solchen Politik sind noch schwerwiegender: Es wächst nicht nur die Enttäuschung über solche Politiker, denen die verwaltungsmäßige Abwicklung einer Mangelsituation wichtiger zu sein scheint als der politische Kampf für eine Umlageverteilung, die die vorrangigen Aufgaben des Landes, wie die Gewährleistung der Inneren Sicherheit, auch als vorrangig behandelt. Es wird vor allem das Rechtsbewußtsein allgemein geschwächt. Bei der großen Zukunftsaufgabe, die wachsende organisierte Kriminalität zu bekämpfen, wird die Hilfe des Bürgers gegen die schleichende Durchdringung der Gesellschaft mit Kriminalität unverzichtbar sein. Aber auf wieviel Verständnis und Engagement hoffen eigentlich diejenigen, die für den bestohlenen und betrogenen Bürger nur ein Achselzucken übrig haben?

### DIE GRÜNEN: Wiedergutmachung statt Strafe

Täter, erwischt zu werden und seine Pflicht, den Schaden zu ersetzen; inklusive einer Art „Schmerzensgeld“ für die Opfer — als Ausgleich für den erlittenen Streß durch die Tat und die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes. Darum geht es auch den Opfern der Bagatellkriminalität in erster Linie. Hier müssen neue Modelle der Konfliktregelung unter dem Damoklesschwert der Androhung von Sanktionen gefunden werden.

Im Jugendstrafverfahren sind sie seit Jahren erfolgreiche Praxis. Dort beschäftigt sich der Strafrichter erst wieder mit dem Fall, wenn die Wiedergutmachung scheitert. Seitdem bleiben viele Plätze in den Jugendgefängnissen leer. Gewaltlose Eigentumsdelikte vom Straf- in das Ordnungswidrigkeitenrecht herabzustufen, wäre ein richtiger Schritt. Statt dessen übernimmt der Innenminister nur die Formulare von dort. Aber immerhin ...

## Landesabfallgesetz in dritter Lesung gegen die Opposition verabschiedet

### CDU: Rechtswidrige Regelungen im Entwurf SPD: Vorrang für öffentliche Entsorgung

Vor dem weiteren Weg in die Wegwerfgesellschaft hat eindringlich Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) gewarnt: „Wir erstickten sonst in Müll und Abfall“, sagte der Minister bei der dritten Lesung des Gesetzes zur Änderung des Landesabfallgesetzes (Entwurf der Landesregierung, Drs. 11/1121) am 9. Januar im Landtag. Die Novelle wurde in Form der Beschlußempfehlung und des Berichts des Umweltausschusses (Drs. 11/2840) gegen die Stimmen der drei Oppositionsfraktionen angenommen; ein Entschließungsantrag der CDU (Drs. 11/2917) und ein gemeinsamer Änderungsantrag von F.D.P. und CDU (Drs. 11/3018) fanden keine Mehrheit.

Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) wies zu Beginn seiner Rede auf die Eckpunkte und Ziele des Entwurfs hin. Die Vermeidungsquote beim Hausmüll solle in den nächsten zehn Jahren auf mindestens 15 Prozent angehoben, die Recyclingquote von derzeit zehn bis 20 im selben Zeitraum auf mindestens 30 Prozent gebracht werden. Beim Industrieabfall sei die Vermeidungsquote in den nächsten fünf Jahren generell auf mindestens 15 Prozent zu steigern, die Recyclingquote auf 70 Prozent hochzuschrauben: „Das sind die höchsten Vermeidungs- und Verwertungsmengen im gesamten Bundesgebiet.“ Zur Verpackungsverordnung des Bundes merkte Matthiesen an, der Vorrang der Abfallentsorgung müsse bei

sichtigt, mutmaßte Stump. Die CDU werde dem Gesetz jedenfalls nicht zustimmen, „es ist nicht schlüssig, geht an den Realitäten vorbei, ist nicht bundesweit abgestimmt, verspricht keine Planungssicherheit und ist schließlich auch noch rechtswidrig.“

Bernhard Flessenkemper (SPD) bewertete den Entwurf der Landesregierung als sehr positiv, denn „eine effiziente umweltverträgliche Abfallwirtschaft ist nur mit einem umfangreichen Konzept einer ökologischen Abfallwirtschaftspolitik möglich“. Er sprach sich gegen die Forderung von CDU und F.D.P. aus, das duale System nicht mit kommunalem Abfallentsorgungssystem zu verzahnen. Aber gerade das widerspreche dem öffentlichen Interesse an der Aufrechterhaltung einer gut funktionierenden Abfallentsorgung. Das duale System könne auch scheitern, dann müsse die öffentliche Versorgung in die Verpflichtung eintreten.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) sagte, es gebe drei Punkte, „die uns an diesem Gesetz nach wie vor immens stören“. Da sei einmal die Tatsache, daß die Landesregierung die Verantwortung auf die Bürger und Kommunen abgewälzt habe. Ferner habe sie durch relativ schwammige Formulierungen konkrete Problemlösungen in der Novelle des Landesabfallgesetzes ausgegrenzt und mit dieser Novelle geltendes Bundesrecht konterkariert. „Das sind elementare Bereiche, die

gesetz, in dem festgelegt wird, wie wir es ermöglichen können, daß Produkte hergestellt werden, die ohne Schäden für die Umwelt wieder in den Stoffkreislauf einbezogen werden können“, sagte Frau Höhn.

Klaus Strehl (SPD) unterstrich, die Gemeinden Nordrhein-Westfalens brauchten abfallpolitisch Planungssicherheit. Die Gemeinden, aber auch die Bürger, seien bereit, Abfallvermeidung und Abfallverwertung ernst zu nehmen, „und mit uns gemeinsam die notwendigen Schritte zu tun“. Als Zielsetzungen bezeichnete Strehl, Abfälle schon auf der Produktions- und Verbraucherebene zu vermeiden, nicht vermeidbare Abfälle durch Getrennthaltung umfassend stofflich zu verwerten, nicht verwertbare Abfälle umweltschonend zu behandeln und nicht weiter zu behandelnde Abfälle umweltverträglich zu entsorgen.

Gerhard Mai (DIE GRÜNEN) sagte zu den Folgen der Bundesverpackungsordnung und des dualen Systems, das Grundlage des F.D.P.-Antrages sei: „Ich denke, wir sollten gemeinsam zu dem Weg finden, daß wir dieses duale System und diesen ‚Grünen Punkt‘ und diese ‚Gelbe Tonne‘ ablehnen.“ Alle Umweltexperten seien sich mittlerweile einig, daß dieses duale System eigentlich das vorherrschende System des Wegwerfens von Abfällen stabilisieren und die Mehrwegsysteme eben nicht ausbauen werde. Deshalb unterstütze man das Anliegen, daß die Abfälle aus dem Verpackungsbereich nicht den Wirtschaftsgütern zugeordnet würden, sondern der Abfalldefinition unterstellt blieben.

Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) erklärte in einem weiteren Beitrag, das Begehren der CDU, auf irgendwann einmal kommendes novelliertes Abfallgesetz des Bundes zu warten, sei absurd. Die Landesregierung denke gar nicht daran, und mit ihr auch die Mehrheitsfraktion nicht. „Denn wenn wir auf den Bund warten, dann warten wir auf den Sankt-Nimmerleins-Tag“, meinte der Minister. Es gebe bisher noch nicht einmal einen Roh-Referentenentwurf zur Novellierung des Abfallgesetzes des Bundes. Und wenn dann die Novellierung komme, dann sei es ein Leichtes, eine schnelle Anpassung des Landesgesetzes vorzunehmen.

Dr. Annemarie Schraps (CDU) sagte, das Landesabfallgesetz verbaue die Chancen für eine überörtlich angelegte, einheitlich orientierte Verteilung der Lasten. Statt dessen würden die Lasten einseitig den Kommunen zugeschoben. Es sei nicht kompatibel mit der TA Sonderabfall und der TA Siedlungsabfall. Das Gesetz lasse ferner Zivilcourage in der Frage der nicht verwertbaren Rohstoffe vermissen. Die Finanzierung herrenloser Altlasten sei auch nicht geregelt. Dieses Gesetz schaffe keine Voraussetzung für regionale Entsorgungsverbände.

(Siehe auch Seite 14)

### Überhangmandate

Der Landtag hat den SPD-Antrag „Abbau von Überhangmandaten im Landtag“ ohne Beratung im Plenum federführend an den Hauptausschuß sowie an den Ausschuß für Innere Verwaltung überwiesen.



Auch in dritter Lesung kein Konsens über die Methoden, mit denen das Gesetz der wachsenden Müllberge Herr werden will (v.l.): Bernhard Flessenkemper (SPD), Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.), Gerhard Mai (DIE GRÜNEN) und Dr. Annemarie Schraps (CDU).  
Fotos: Schüler

den entsorgungspflichtigen Körperschaften bleiben; vor Ort könne es nur ein einheitliches Wertstofffassungssystem geben. Das duale System (Grüner Punkt) sei auf vorhandene Systeme abzustimmen.

Werner Stump (CDU) warf der Landesregierung Abweichen vom Bundesrecht vor: Die Landesvorschriften zur Sammlung und Sortierung gebrauchter Verpackungen seien eindeutig rechtswidrig; denn Verpackungen seien Wirtschaftsgut und nicht Abfall. So würden wieder einmal vom Minister öffentliche und politische Interessen verwechselt und das duale System schon im Aufbau erheblich gestört. Das sei vielleicht beab-

wir hier so nicht hinnehmen können.“ Zur Abfallsammlung, die in der Regel durch die entsorgungspflichtigen Körperschaften oder von ihnen beauftragte Dritte erledigt würden, meinte Kuhl, diese Regelung sei eindeutig rechtswidrig.

Bärbel Höhn (DIE GRÜNEN), Fraktionssprecherin, betonte, das neue NRW-Abfallgesetz werde zu einem Müllverbrennungsgesetz. Der Minister zeige mit diesem Landesabfallgesetz, daß er gar nicht an die Wurzeln des Übels gehen wolle, um das Abfallproblem effektiv anzugehen. „Was wir brauchen, um das Problem zu lösen, ist ein Abfallwirtschaftsgesetz, ein Stoffkreislauf-

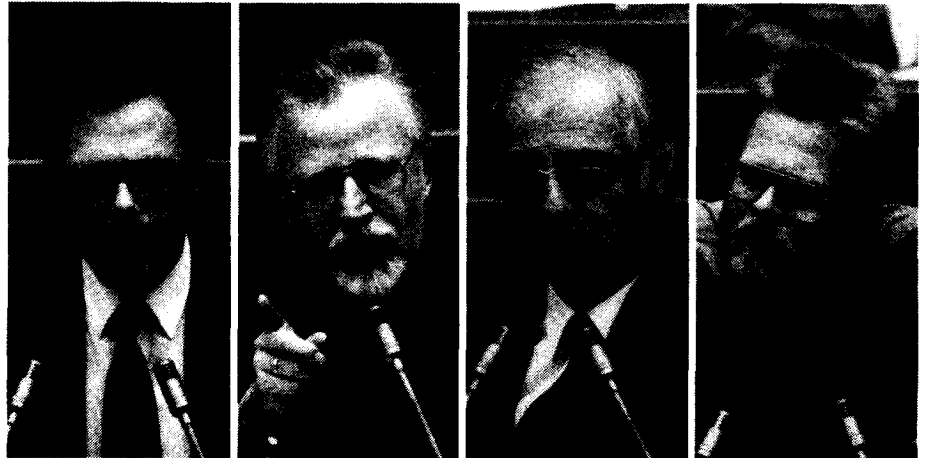
## Antrag der SPD angenommen – Entschließungsantrag der CDU abgelehnt

### Fraktionen über Asylproblematik weiter zerstritten

Über das Thema „Fluchtursachen und Asylmißbrauch wirksam bekämpfen – Stadt und Land, Aussiedler und Asylbewerber nicht länger gegeneinander auspielen“ auf Antrag der CDU-Fraktion hat der Landtag noch vor der Jahreswende am 13. Dezember eine eingehende Debatte geführt, die in eine lang anhaltende Auseinandersetzung über das Abstimmungsverfahren einmündete. Ein Änderungsantrag der SPD mit dem Wortlaut „Die Schwierigkeiten, die bei der Beantragung von politischem Asyl auftreten, können nicht durch eine Änderung des Grundgesetzes gelöst werden. Der Landtag steht zu den Vereinbarungen des Allparteiengesprächs beim Bundeskanzler am 10. Oktober 1991“ wurde in beiden Sätzen angenommen. Ein Antrag der CDU in geänderter Fassung wurde trotz Ablehnung einzelner Ziffern angenommen, der Entschließungsantrag der CDU mit Wortlaut „Der Landtag stellt fest: Bei der Diskussion um wirksame Maßnahmen zur ausschließlichen Anwendung des Asylrechts auf die politisch Verfolgten darf eine Ergänzung des Grundgesetzes nicht tabuisiert werden“ in namentlicher Abstimmung abgelehnt. An der Abstimmung beteiligten sich 193 Abgeordnete. Für den Antrag stimmten 73, gegen ihn 120 Abgeordnete. Zuvor war ein Antrag der F.D.P. auf Überweisung aller Anträge abgelehnt worden.

**Hermann-Josef Arentz** (CDU) sagte, der Versuch der Landesregierung, die durch immer größere Zahlen von Asylbewerbern in den Gemeinden entstehenden Probleme durch Manipulationen an den Verteilungsgrundlagen zu regeln, sei restlos gescheitert. Der Flächenansatz habe die Gemeinden im ländlichen Raum in vielen Fällen vor unlösbare Probleme gestellt. Dieser Flächenansatz werde in den Gemeinden als nichts anderes denn als nackte Willkür empfunden. Gleichzeitig sei den Städten und dem Ballungsraum überhaupt nicht geholfen worden. Zur dauerhaften Entlastung der Gemeinden und zur Bekämpfung der Ausländerfeindlichkeit helfe nur eines, nämlich die Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen und endlich wirksame Maßnahmen gegen das unkontrollierte Einwandern unter Berufung auf das Asylrecht zu ergreifen. Alle Maßnahmen, die am 10. Oktober in dem Gespräch mit dem Bundeskanzler vereinbart worden seien, müßten auch hier vom Land NRW so schnell wie möglich umgesetzt werden.

**Wolfram Kuschke** (SPD) erklärte, die SPD bereite eine Presseerklärung vor, in der man den interessierten Bürgerinnen und Bürgern mitteile, daß die CDU wiederum versucht habe, die Großstädte und Ballungszentren durch mehr Zuzug von Aussiedlern und



Drängende Fragen zu Flucht und Asyl: v.l. Hermann-Josef Arentz (CDU), Wolfram Kuschke (SPD), Dr. Achim Rohde (F.D.P.) und Daniel Kreutz (DIE GRÜNEN).  
Fotos: Schüler

Asylbewerbern durch die Entlastung des ländlichen Raums zu belasten. Kuschke hielt dem Abgeordneten Arentz „Scheinheiligkeit“ vor. „Wir werden ein anderes Verfahren haben durch die gemeinsamen Bemühungen des Bundeskanzlers, der Bundesregierung und der Landesregierung insgesamt. Durch den heutigen Antrag torpedieren Sie genau diese Bemühungen“, hielt der SPD-Sprecher der CDU vor. Er kündigte an, man werde in namentlicher Abstimmung den CDU-Antrag ablehnen.

**Dr. Achim Rohde** (F.D.P.), Fraktionsvorsitzender, betonte, alle Parteien, alle Fraktionen sähen nach den Ergebnissen der Gespräche und Vereinbarungen beim Bundeskanzler jetzt keinerlei Anlaß, durch Zustimmung oder Ablehnung des Antrags möglicherweise den Eindruck zu erwecken, „wir würden von den Ergebnissen, die beim Bundeskanzler gefunden worden sind, abrücken“. Die F.D.P. werde sich deswegen der Stimme enthalten. Man sehe auch mit Rücksicht auf die Gespräche und Vereinbarungen, die in Maastricht getroffen worden seien, mit dem Versuch zu einer europäischen Lösung zu kommen, keinen Anlaß, hier durch Nein oder Ja inhaltlich zu diesem Antrag Stellung zu nehmen.

**Daniel Kreutz** (DIE GRÜNEN) meinte, der Mißbrauch im Asylbereich sei natürlich von völlig anderer Art als die künstlichen Propagandakonstrukte, „die Sie mit dem Kampfbegriff Asylmißbrauch belegen“. Das sei der Mißbrauch des Asylverfahrensrechts und der Asylrechtsprechung als Instrument gegen die Flüchtlinge, der sich in den Anerkennungszahlen ausdrücke. Durch kalte Demontage des Asylrechts würden die Anerkennungszahlen gedrückt und gedrückt. Das dramatische an der heutigen Lage sei aus seiner Sicht, daß auch die SPD an diesem Prozeß mitstricke, außer in der Frage des Artikels 16 selbst.

**Sozialminister Hermann Heinemann** (SPD) unterstrich, in der von der Opposition immer wieder angezettelten Diskussion über das Flüchtlingsaufnahmegesetz habe er keinen einzigen konstruktiven Vorschlag zur Verbesserung der Unterbringungssituation der ausländischen Flüchtlinge in den Kommunen gehört. „Ihre Rolle als Opposition ist um so kläglich, als Sie sich ständig ihrer

Aufgabe verweigern, ein geschlossenes Alternativkonzept zu den Maßnahmen der Landesregierung darzulegen“, sagte der Minister. SPD-Fraktion und Landesregierung hätten besonnen reagiert. Gerade die kritische Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes vom 1. Februar habe sich als besonders wirksam erwiesen. Heinemann erinnerte daran, durch die Einführung des Flächenkriteriums in sehr bescheidenem Umfang von zehn Prozent sei erreicht worden, daß die besonders belasteten Ballungsräume eine Erleichterung erführen.

**Professor Dr. Friedhelm Farthmann** (SPD) machte darauf aufmerksam, man werde dem CDU-Antrag auf getrennte Abstimmung nicht zustimmen. Statt dessen stelle er einen Alternativantrag zur Abstimmung. Daraufhin schloß sich im Plenum eine Geschäftsordnungsdebatte an. Der Grünen-Sprecher Dr. Michael Vesper wollte eine weitere Debatte über den Änderungsantrag. Der F.D.P.-Abgeordnete Hagen Tschöeltsch forderte Überweisung aller Anträge einschließlich des Änderungsantrages. Dann wurde die Sitzung für fünf Minuten unterbrochen. Danach erhielt jede Fraktion noch einmal fünf Minuten Redezeit.

**Professor Dr. Friedhelm Farthmann** (SPD) betonte nach der Sitzungsunterbrechung: „Wir stehen zu dem Allparteiengespräch und dem, was dort vereinbart worden ist. Wir beobachten, daß nun auch im Landtag der Versuch unternommen wird, Möglichkeiten zu finden, um der Konsequenz dieses Allparteiengesprächs auszuweichen.“

**Heinz Paus** (CDU) sagte zu den Unzulänglichkeiten des Kompromisses auf dem kleinsten Nenner, man werde das Verfahren beim Bundesamt nicht in zwei Wochen lösen können, wenn man bei der Einzelfallprüfung bleibe und sich weigere, pauschale Gesichtspunkte heranzuziehen.

**Dr. Achim Rohde** (F.D.P.) hielt der CDU vor, sie habe mit ihrem Antrag dazu beigetragen, die Fronten weiter zu verhärten.

**Roland Appel** (DIE GRÜNEN) mutmaßte, der CDU sei es wichtiger, irgendein politisches Ziel zu haben, „als daß wir uns mit den Menschenrechten und der wirklichen Situation auseinandersetzen“.

## Bandbreite der Beratung reichte von Schulfragen bis zu Ausbildung in Finanzverwaltung

# Landtag nahm Haushaltsentwurf 1992 in zweiter Lesung an

Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat am 11. und 12. Dezember die Haushaltsberatungen mit der Aussprache über die Einzelpläne des Arbeits- und Wissenschaftsministeriums, wie berichtet, sowie des Innenministeriums, des Umweltministeriums, des Ministeriums für Stadtentwicklung und Verkehr, des Landtags, des Ministeriums für Bundesangelegenheiten, des Landesrechnungshofs, des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei, des Justizministeriums, des Ministeriums für Bauen und Wohnen, des Kultusministeriums, des Ministeriums für die Gleichstellung von Mann und Frau sowie des Finanzministeriums und der Finanzverwaltung abgeschlossen. Einbezogen in die Beratung waren Stellenpläne und das Gemeindefinanzierungsgesetz 1992. In zweiter Lesung wurde der Entwurf des Haushaltsgesetzes 1992 mehrheitlich angenommen und zur Vorbereitung der dritten Lesung an den Haushalts- und Finanzausschuß rücküberwiesen. Insgesamt ist an den beiden Plenartagen über elf Änderungsanträge der Grünen, drei der CDU sowie einen der F.D.P. abgestimmt worden. Ferner standen zwei Entschließungsanträge der F.D.P. unter den Stichworten „Vorrang für Bildung und Wissenschaft“ sowie „Abendrealschulen“ zur Abstimmung. — Hiermit setzen wir die Berichterstattung über die zweite Lesung des Haushaltsentwurfes 1992 mit der Beratung des Etats des Innenministers fort.

**Heinz Paus** (CDU) bemängelte, der Etat des Innenministers lasse keine Hoffnung erkennen, daß sich die unhaltbare Personalsituation der Polizei bessern könnte. Da auch 1993 und 1994 keine Personalverstärkungen bei der Polizei geplant seien, sei die Ausweitung der Personalmisere „programmiert“. Paus nannte die Zahl der den Dienst quittierenden Beamten „alarmierend“.

**Stefan Frechen** (SPD) wies die Behauptung zurück, die Situation habe sich verschlechtert, im Gegenteil: Man sei im letzten Jahr ein gutes Stück weit in Sachen innerer Sicherheit vorangekommen. Der Abgeordnete verwies auf zusätzliche Einstellungen, Stelleneinrichtungen und Beförderungsmöglichkeiten.

**Dagmar Larisika-Ulmke** (F.D.P.) begrüßte Frechens Angebot, an einem Strick zu ziehen, bedauerte aber, daß die Opposition zwar Anträge über Anträge stellen könne, im Grunde aber nichts bewege. Sie schloß mit der Feststellung: „Wir lehnen den Haushaltsplan 03 ab.“

**Roland Appel** (DIE GRÜNEN) zeigte sich über den Etat und die Politik, die er darstelle, unzufrieden. Seine Fraktion wolle eine qualifiziertere, aber zahlenmäßig kleinere Polizei, die von gesellschaftlichen Aufgaben entlastet werden müsse. Die Grünen seien auch für eine gut bezahlte Polizei. Auf verdeckte Ermittlungen sei zu verzichten.

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) lobte die Funktionsbewertung, die zur Poli-

zei in NRW vorgelegt worden sei. Die Besoldung der Polizei sei aber nicht innerhalb weniger Monate zu verbessern, besonders nicht zu Zeiten der Haushaltskonsolidierung. Für 1992 werde er eine Konzeption für den Aufstieg im Polizeidienst vorlegen, kündigte der Minister an.

### Umwelt und Landwirtschaft

(In zweiter Lesung wurde der Einzelplan 10, Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, angenommen. Änderungsanträge der Grünen, etwa zum Sonderabfallaufkommen und zum Grundwasserschutz, wurden dagegen abgelehnt.)

**Dr. Annemarie Schraps** (CDU) nannte die zurückliegenden Haushaltsberatungen eine „schlechte Komödie“. Im Etat seien einige wichtige Berichte schlecht ausgestattet worden, während man sich bei der öffentlichen Darstellung „hervorragend bedient“ habe. Sie erinnerte an CDU-Einsparungsvorschläge von neun Millionen Mark, dies als Beitrag zur Konsolidierung des Haushalts. Daneben habe ihre Fraktion im „realen Umweltschutz“ Mehrausgaben von knapp drei Millionen beantragt.

**Johannes Pflug** (SPD) lehnte Umschichtungen ab, einmal wegen der finanziellen Rahmenbedingungen, zum anderen habe das Ministerium die Schwerpunkte nach Ansicht der SPD richtig gesetzt. Angesichts der Probleme sei es nicht sinnvoll, bei der

Öffentlichkeitsarbeit zu sparen. Bei der von den Grünen verlangten Abfallabgabe wolle das Land nicht vordreschen, auch die Grundwasserentnahmeabgabe sei problematisch. Der Haushalt beinhalte alle erforderlichen Maßnahmen, „die für eine vernünftige und wirksame Umweltpolitik erforderlich sind“.

**Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.) prophezeite, das geplante Landesabfallgesetz werde den Bau der erforderlichen Entsorgungsanlagen nicht nur verzögern, sondern letztlich ganz verhindern. Im übrigen werde in NRW nur an Symptomen „herumgedoktert“, was fehle, sei eine ganzheitliche Umweltpolitik. Es gebe zwar einige Erfolge, aber insgesamt zu viele ordnungsrechtliche Vorschriften, die das Vollzugsdefizit durch bürokratische Hemmnisse vergrößerten.

**Gerhard Mai** (DIE GRÜNEN) kritisierte an der Landesabfallpolitik, daß der Minister die Kreise und Städte zur „Müllverbrennung um jeden Preis“ zwingen wolle. Die Aktion „Grüner Punkt“ nannte er Volksverdummung und rügte das Fehlen eines Konzepts zur Vermeidung von Sonderabfällen. Auch bei der Klimaschutzpolitik sei NRW als größter CO<sup>2</sup>-Produzent nicht vorangekommen.

**Umweltminister Klaus Matthiesen** (SPD) vermißte an der Debatte die durchdachten Handlungskonzepte der Opposition. Kritik an der Höhe des Umweltetats ließ er nicht gelten: Bester Umweltminister sei nicht der, der das meiste ausbebe, sondern das Ver-

Fortsetzung nächste Seite



Dialoge in der Bank: Auf dem linken Bild von links die SPD-Abgeordneten Marita Rauterkus und Hans Rohe — Auf dem rechten Bild von links die CDU-Abgeordneten Professor Dr. Horst Posdorf und Leonhard Kuckart.

Fotos: Schüler

ursacherprinzip zur Anwendung bringe. Zwei Themen werden nach Meinung des Ministers die Diskussion der nächsten Zukunft bestimmen, die vom Verkehr ausgehenden Umweltbelastungen und die unangemessen lange Dauer von Genehmigungsverfahren, die international zum Wettbewerbshindernis würden.

**Iika Keller** (CDU) forderte für die Landwirtschaft denselben Schutz wie für Stahlarbeiter und Kumpel. In der Landwirtschaftspolitik des Landes geschehe nichts Innovatives: So würden die Landwirte viel zu wenig bei ihrer Rolle zum Schutz der Umwelt unterstützt. Die aktive Landwirtschaftspolitik müsse zweierlei leisten: Existenzsicherung und Landschaftspflege.

**Horst Steinkühler** (SPD) betonte, es sei mit dem Etatvolumen sehr wohl möglich, Landwirtschaftspolitik zu gestalten, aber auch Naturschutzpolitik und Verbraucherpolitik zu machen. Die SPD könne mit diesem Haushalt „leben“, in diesen Zeiten sei der Erhalt des Erreichten eben das Maximum des Erreichbaren.

**Friedel Meyer** (F.D.P.) sah die deutsche Landwirtschaft in einer sehr schwierigen und undurchsichtigen Lage. Turbulenzen auf dem Weltmarkt, Differenzen in der EG und Umweltauflagen von Bund und Land hätten die Investitionsbereitschaft der Landwirte sinken lassen und die Einkommen geschmälert. Auf der anderen Seite erhöhe sich durch diese Auflagen in den nächsten Jahren erheblich der Finanzbedarf.

**Marianne Hürten** (DIE GRÜNEN) wies neben den erwähnten Problemen der Landwirtschaft auf die Gefahr wachsender Belastung der Böden durch Dioxine und andere Schadstoffe hin. Im übrigen sei die nordrhein-westfälische Agrarpolitik nichts anders als „die mit Härteausgleich aus dem Naturschutzgesetz geschmückte soziale Abfederung des Strukturwandels“. Um die Existenz der Bauern zu sichern und um umweltspezifische Anforderungen zu genügen, schlage ihre Fraktion ein ganzes Abgabebündel vor.

**Landwirtschaftsminister Klaus Matthiesen** (SPD) nannte den Vorwurf mangelnder Innovation „objektiv falsch“: „Wer hat denn

das Programm für die umweltverträgliche und standortgerechte Landwirtschaft entwickelt?“ Er warnte die CDU vor einer Abkehr vom bäuerlichen Familienbetrieb, wie er in einem angeblichen Geheimpapier angedeutet werde. Das werde die SPD nie mitvollziehen, betonte der Minister.

**Eckhard Uhlenberg** (CDU) warf dem Minister vor, er habe sich seit Monaten nicht bei den Ausschußberatungen sehen lassen: Das sei die Art und Weise, wie von der Landesregierung die Probleme der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes ernstgenommen würden.

**Minister Klaus Matthiesen** (SPD) konterte auf diesen Vorwurf: „Dort, wo Präsenz notwendig ist, sind wir auch präsent.“ Manche Ausschußsitzung erfordere die Anwesenheit des Ministers nicht, im übrigen seien der Staatssekretär und gute Beamte vertreten.

## Schiene, Straße, Luft

*(Vor der Verabschiedung des Haushalts des Ministeriums für Stadtentwicklung und Verkehr wurden drei Änderungsanträge der Grünen – darunter der zu den „Semestertickets“ an den Hochschulen – abgelehnt; angenommen wurde dagegen der Antrag „Kommunale ÖPNV-Grundförderung“.)*

**Heinrich Dreyer** (CDU) unterstrich unter Hinweis auf die zu erwartenden Zuwachsraten die Notwendigkeit der Steigerung des Verkehrsetats. Der Bund gehe hier mit gutem Beispiel voran, NRW hinke wieder einmal hinterher. An die Landesregierung appellierte er unter anderem, sich in Gesprächen mit dem Bundesverkehrsminister und der Bundesbahn sich für einen direkten ICE-Anschluß des Köln/Bonner Flughafens einzusetzen und die Entscheidung des Nichtbaus der A4 durch das Rothaargebirge angesichts der neuen Erfordernisse der Deutschen Einheit zu überdenken.

**Hans-Dieter Moritz** (SPD) forderte die Sozialverträglichkeit des Verkehrs auf den Straßen; soziale, ökologische und ökonomische Aspekte stünden gleichrangig nebeneinander. In der Öffentlichkeit finde die notwendige Wende in der Verkehrspolitik brei-

ten Konsens. Die SPD setze auf Kontinuität, ein leistungsfähiges städtisches und regionales Schienenverkehrssystem müßte auch weiterhin das Rückgrat der Infrastruktur der Ballungsräume bilden.

**Marianne Thomann-Stahl** (F.D.P.) monierte, daß die Verkehrsdurchsagen für das Land inzwischen länger dauerten als die Weltnachrichten. Das liege unter anderem daran, daß die Rheinquerung verzögert worden sei und Politik – siehe die Drohung mit der Sperrung des Mörsenbroicher Eis in Düsseldorf – durch „Notstandsprogramme“ ersetzt werde.

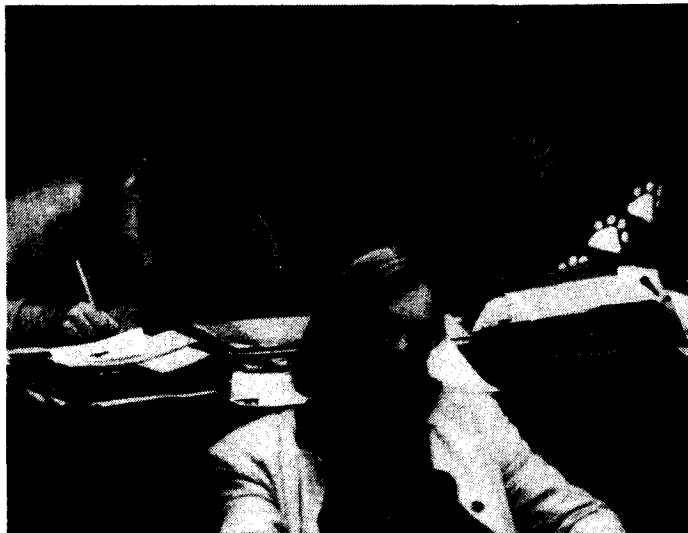
**Gisela Nacken** (DIE GRÜNEN) stellte fest, das Verkehrswachstum führe in die Sackgasse, in der sich die Verkehrspolitik des Landes bereits befinde. Für ihre Fraktion kündigte sie die Unterstützung der Bürgerproteste gegen den geplanten Ausbau der Flughäfen an und warf der Verkehrspolitik vor, sie werde für eine „kleine, aber einflußreiche Minderheit“ gemacht. Die große Mehrheit gehe zu Fuß.

**Verkehrsminister Franz-Josef Kniola** (SPD) widersprach der „wahnwitzigen“ Absicht, einen Transrapid Bonn–Berlin durch das Rothaargebirge zu forcieren: Eine solche Trasse sei weder planrechtlich noch finanziell realistisch.

## Stellenpläne

*(Ohne Abstimmung nahm der Landtag nach den Erklärungen der Fraktionen den Bereich Stellenpläne zur Kenntnis.)*

**Peter Bensmann** (CDU) nannte diesen Bereich den „dicksten Finanzbrocken“ des Haushalts: „Für 342 000 Landesbedienstete werden fast 30 Milliarden aufgewendet“. Der Abgeordnete bezeichnete weniger die Zahlen des Etats 1992 als dramatisch als vielmehr die Steigerung des Personalumfangs in den letzten Jahren. Besonders die Ministerialbürokratie sei aufgebläht worden, sie müsse auf Vorschlag seiner Fraktion um fünf Prozent der Stellen gekürzt werden. Die Abwanderung aus der Finanzverwaltung gebe zu denken, man müsse hier gegensteuern. Fortsetzung nächste Seite



Plenar besehen: Im linken Bild von links die F.D.P.-Abgeordneten Hans-Joachim Kuhl und Michael Ruppert – Im rechten Bild von links die Grünen-Abgeordneten Roland Appel, Gisela Nacken und Dr. Katrin Grüber. Fotos: Schüler

**Günter Harms** (SPD) regte an, bei der Betrachtung des Stellenplans die Steuerfinanzierungsquote heranzuziehen, die in NRW 77,6 Prozent betrage. Der Bund komme hier besser weg, das sei die Folge der ungenügenden Beteiligung der Länder an den gesamten Steuereinnahmen des Bundes. Man müsse festhalten, daß NRW unter den Flächenländern je Einwohner mit 1519 Mark die niedrigsten Personalausgaben habe. Die von der CDU geforderte Aufhebung der Stellenbesetzungssperre sei nicht finanzierbar.

**Rudolf Wickel** (F.D.P.) lobte die gute und kollegiale Zusammenarbeit im Unterausschuß Stellenpläne und die gute Vorarbeit des Gutachterdienstes.

**Dr. Manfred Busch** (DIE GRÜNEN) sah es als nicht zutreffend an, „den Personalkostenanteil hochzurechnen und damit zu suggerieren, daß der Personalkostenanteil den Landeshaushalt und alle übrigen Ausgaben im Landeshaushalt erdrückt“. Der Regierung warf Busch vor, sie habe die Arbeitszeitverkürzung von 1988 und 1992 nicht durchgeführt und die Stellenbesetzungssperre ohne Rücksicht auf Konsequenzen eingeführt.

*(Im folgenden stimmte der Landtag den Einzelentscheidungen des Landesrechnungshofes und des Ministeriums für Bundesangelegenheiten ohne Aussprache in zweiter Lesung zu.)*

## Ministerpräsident

*(Einzelplan 02 — Ministerpräsident und Staatskanzlei. Außer um Flüchtlings- und Medienpolitik ging es um die Mitwirkung der Opposition bei der Haushaltsgestaltung.)*

**Ruth Hieronymi** (CDU) äußerte sich zufrieden und stolz darauf, daß das von allen Fraktionen geforderte Regionalorgan durch die deutsche Bundesregierung in die EG eingeführt worden sei. Die Landesregierung fülle in der Schul-, Innen- und Medienpolitik jedoch ihre Kompetenzen nicht aus. Als wirtschaftsstärkste Region könne NRW seine Lehrer nicht mehr bezahlen, keine Polizisten einstellen und sei mit einem Schuldenberg keine Lokomotive für ein Europa der Regionen. Unnötige Haushaltszuwächse in der Staatskanzlei würden durch Kürzungen bei Osteuropa-Hilfen finanziert. Wegen Ausgaben für parteipolitische Interessen lehne die CDU den Haushalt ab.

**Dr. Achim Rohde** (F.D.P.-Fraktionsvorsitzender) lehnte den Haushalt wegen der hohen Schuldenlast ab und bemängelte Rituale bei den Beratungen, die nur angedeuteten. Anträge aus der beweglicheren Opposition würden jahrelang abgelehnt, ehe sich bei der Mehrheit vernünftige Ergebnisse durchsetzen ließen. Im Parlament sollten neue Formen der Diskussion und des Disputes gefunden werden, um dem Bürger die sachliche Auseinandersetzung zum Wohl des Landes nahezubringen.

**Dr. Manfred Busch** (DIE GRÜNEN) sprach davon, die Menschen in NRW hätten von 25 Jahren SPD-Regierung genug. Bei der Filzdiskussion scheine die Heuchelei grenzenlos, weil auch CDU- und F.D.P.-Funktionäre in Positionen gerutscht seien. Verwerflich

werde es, wenn den Parteifunktionären die Qualifikation fehle. Der teuerste Banklehrling der Republik habe mit vollen Bezügen als Vorstandsmitglied seine Lehre nachgeholt. Für Erneuerung bei den Schulen, in der Sozial-, Wohnungs-, Frauen-, Familien- und Umweltpolitik sei kein Geld mehr da. Steuermehreinnahmen würden, etwa für Straßenbau, vergeudet. Finanzspielräume in Höhe von 3,5 Milliarden Mark würden aus Konfliktscheu nicht genutzt.

**Jürgen Büssow** (SPD) hielt den Ausdruck „Gauernerstück“ bei Kohlesubventionen für unverschämte und wies Kritik an der Medienpolitik zurück. Eine Million Mark für das Medienforum Köln sei ein geringer Aufwand für großen Erfolg. Die Opposition komme auf Landesebene in den Medien kaum vor, die Öffentlichkeit sei nur unzureichend informiert. In der Presse müsse den Berichten mehr Platz eingeräumt werden, damit differenzierte Positionen wahrgenommen würden.



*In der Regierungsbank: Von links die Ministerin für Bauen und Wohnen, Ilse Brusis, sowie Arbeits- und Sozialminister Hermann Heinemann (beide SPD). Foto: Schüler*

**Hagen Tschoeltsch** (F.D.P.) erinnerte an frühere Haushaltsberatungen, bei denen die Opposition in bescheidenem Rahmen mitgestalten dürfen. Seit der absoluten Mehrheit der SPD habe sich das politische Klima dramatisch verschlechtert. Die andere Hälfte der Bevölkerung, die nicht SPD gewählt habe, müsse respektiert werden. Laut Kürzungsliste des Ministeriums von einer Milliarde Mark solle per Haushaltstrick am Parlament vorbei die Regierung zur freien Mittelverfügung ermächtigt werden.

**Bärbel Höhn** (DIE GRÜNEN) bestätigte den Sachverhalt und kritisierte, daß in den Ausschüssen kaum inhaltlich beraten und nicht einmal mehr die Formalitäten eingehalten würden. Bei der SPD habe keiner Interesse. In der Entwicklungspolitik fördere das Land sehr effektive kleine Projekte. Alternativen der Opposition in der Haushaltspolitik sollten größere Chancen bekommen.

**Roland Appel** (DIE GRÜNEN) stelle als Beispiel falscher Medienförderung einen Schutzraumbau für den WDR heraus, der 1992 mit drei Millionen Mark veranschlagt sei. Bei Chemiekatastrophen, etwa in Köln und Leverkusen, solle nicht nur der WDR, sondern alle geschützt werden. Beim Reintegrationsprogramm in Skopje entstehe

ein Gefälle, das der Rückführung schade. Im übrigen sei Deutschland ein Einwanderungsland.

**Reinhold Trinius** (SPD) berichtete, der Milliardenatz sei Ergebnis der Kohlerunde und notwendige Hilfe für betroffene Regionen. Die Ergänzungsvorlage sei ordnungsgemäß gefolgt. NRW handele schnell und entschlossen.

**Ministerpräsident Johannes Rau** (SPD) widersprach ebenfalls dem Vorwurf eines Haushaltstricks. Insgesamt gehe es um die Not außerhalb des Landes und das Verhältnis zur eigenen Daseinsvorsorge. Wegen Jugoslawien oder der Sowjetunion seien weitere Debatten vorstellbar. Bei der Flüchtlingspolitik könne das Land nur assistieren und nicht anstelle des Bundes und Europas handeln.

**Dr. Manfred Busch** (DIE GRÜNEN) trug Einzelheiten der Mittelmittelschicht zugun-

sten der Kohleregionen vor und listete Kürzungen auf, um zu belegen, es gehe um einen reinen Etikettenschwindel.

**Lothar Hegemann** (CDU) hielt Landeshilfen und Engagement in Südost- und Osteuropa für besonders wichtig. Von Rau habe er ein Wort zu Berlin vermisst. Wenn in den Medien zu wenig Landespolitik vorkomme, dann müßten die Ursachen im Landtag selbst gesucht werden. Die SPD tue immer weniger, aber das mit immer größerem Aufwand. Sie solle nicht alles in Kugel-Arbeitskreisen machen, sondern die Opposition beteiligen.

**Professor Dr. Friedhelm Farthmann**, SPD-Fraktionsvorsitzender, wies Kritik an den Haushaltsberatungen zurück. Da die SPD allein regiere, finde die Kontrolle innerhalb der Fraktionen statt. Im Plenum ändere sich nichts mehr, es diene der Darstellung der Standpunkte. Die Opposition müsse die wichtigen Punkte ansprechen, damit die Bürger Unterschiede feststellen könnten.

**Finanzminister Heinz Schleußer** (SPD) warf der CDU Abteilungsverhalten vor, das mit Haushaltspolitik unvereinbar sei. Im übrigen vergewissere sich der Finanzminister seiner Mehrheiten da, wo er sie finde.

Fortsetzung nächste Seite

**Dr. Helmut Linssen** (CDU-Fraktionsvorsitzender, verdeutlichte, in den Ausschüssen könne auf Oppositionswünsche eingegangen werden. Nur bei Sparanträgen von vier Millionen Mark zuzustimmen, sei nicht die richtige Behandlung. In den gesammelten Anträgen sei die Handschrift der Opposition zu erkennen. Steuermehreinnahmen seien der Bonner Wirtschaftspolitik zu verdanken, aber NRW stranguliere sich mit Zinsen für Schulden. Mehr Ehrlichkeit bei Prioritäten sei angebracht.

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose** (CDU) erläuterte seine Auffassung, das Rückführungsprogramm Skopje müsse neu gestaltet werden.

## Gemeindefinanzierung

*(Das GFG 1992 wurde mit Mehrheit angenommen. Einstimmig billigte das Parlament die Rücküberweisung an den Haushalts- und Finanzausschuß)*

**Franz-Josef Britz** (CDU) erklärte, Sparen finde nicht statt in den Ministerien. Sparen finde nicht statt bei den ideologischen Lieblingskindern der Mehrheit wie Gesamtschule und Kollegschule. Sparen finde dagegen bei den Städten und Gemeinden des Landes statt, und das schon seit Jahren. Das GFG 1992 setze nahtlos die Politik der letzten Jahre fort. Britz fuhr fort, niemand hier im Hause stelle die Frage, daß sich alle Gebietskörperschaften an den Kosten der Deutschen Einheit beteiligen müßten. Aber die im GFG '92 praktizierte Regelung, die Kommunen mit einem höheren Prozentsatz als 23 Prozent hieran zu beteiligen und dies durch einen Vorwegabzug zu realisieren, halte die CDU für unzulässig und unter Berücksichtigung der Vorschrift aus Artikel 106 Absatz 7 Grundgesetz für verfassungswidrig.

**Jürgen Thulke** (SPD) meinte, die Rahmenbedingungen für die Kommunal- und Landesfinanzen seien unverändert schlecht. Eine grundlegende Verbesserung der Kommunalfinanzen sei nur durch eine fairere Aufteilung des Steueraufkommens über alle drei Ebenen möglich. Der Abgeordnete unterstrich indessen, mit dem Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes und des Solidarbeitragsgesetzes 1992 habe die Landesregierung Gesetzentwürfe vorgelegt, die unter Berücksichtigung der schwierigen Haushaltslage des Landes die Kommunen in die Lage versetzten, die ihnen obliegenden und übertragenen Aufgaben zu erfüllen. Im Landeshaushalt betrügen die Gesamtzuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände für 1992 18,343 Milliarden Mark.

**Michael Ruppert** (F.D.P.) erklärte, auch mit diesem Gemeindefinanzierungsgesetz 1992 sei die Landesregierung wieder auf den Dreh gekommen, wie man in die Gemeindefinanzen eingreifen könne, wie man den Anteil der Gemeinden faktisch kürzen könne, ohne den Verbundsatz offen zu reduzieren. Den Vorwand liefere die Deutsche Einheit, lieferten die sogenannten Transferleistungen bei der Umsatzsteuer. Falsch an der Sache sei nicht einmal die Rechnung, aber verquer sei die Logik. Es gebe nämlich gar keine Mindereinnahmen des Landes

durch die Umsatzsteuer. Auch der dem Land nach Abzug der Transferleistungen verbleibende Betrag sei in den ersten neun Monaten 1991 beispielsweise noch um gut zwei Prozent gestiegen.

**Bärbel Höhn** (DIE GRÜNEN) bezeichnete die Entwicklung als katastrophal. Den Gemeinden werde ihre kommunale Selbstverwaltung schleichend entzogen. Wer die Kommunen in dieser Form finanziell ausbluten lasse, wie das Land es tue, müsse sich über die Unzufriedenheit der Bevölkerung nicht mehr wundern. Denn die Bevölkerung vor Ort bekomme es zuerst zu spüren, wenn ihre Stadt in finanzielle Not gerate. Inzwischen müßten die Kämmerer wahre Leistungen vollbringen, um sich jedes Jahr neue Tricks einfallen zu lassen, wie man den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Jahr das Geld aus der Tasche ziehen könne, auch wenn die Tricks legal seien.

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) deutete an, bestimmte Hinweise, daß es den Gemeinden so furchtbar schlecht gehe und daß das Land so furchtbar marode sei, seien nicht ganz so ernst zu nehmen. Der Minister merkte zu den Kosten der Deutschen Einheit an, man habe stets gesagt, Teilung müsse durch Teilen überwunden werden. Dann müßten nach seinem Dafürhalten auch alle dazu beitragen, die Gemeinden ebenfalls. Und der Streit über das Verteilsystem, der geführt werde, habe ja auch damit zu tun, „daß wir Wert darauf gelegt haben, daß eben alle Gemeinden gerecht herangezogen werden; auch die sogenannten abundanten Gemeinden, daß heißt diejenigen Gemeinden, die so steuerstark sind, daß sie keine Schlüsselzuweisung bekommen. Das entspricht der Gerechtigkeit.“ Man habe den Gesetzentwurf zuvor durch den Interministeriellen Ausschuß für Verfassungsfragen nachprüfen lassen. Er halte dieses System für verfassungskonform.

## Wirtschaft, Mittelstand

*(Beim Einzelplan 08 – Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie – kritisierte die Opposition vor allem die Kürzung des beschäftigungsorientierten Mittelstandsprogramms. F.D.P.- und Grünen-Anträge wurden abgelehnt, der Einzelplan 08 insgesamt mit SPD-Mehrheit gegen die anderen Fraktionen angenommen.)*

**Hagen Tschoeltsch** (F.D.P.) hielt den Handlungsraum für die Kohlegebiete für zu dürrftig, auch habe die Regierung den Bedarf zu spät erkannt. Bei Programmkürzungen vermisse er Informationen, was noch ernsthaft gefördert werden solle. Klare Kriterien müßten dem Parlament bekanntgemacht werden.

**Laurenz Meyer** (CDU) hob das Beschäftigungswachstum des Jahres hervor, an dem NRW jedoch nicht genügend teilgehabt habe, und stellte fest, seit die SPD die Verantwortung habe, seit 1966, sei die Zahl der Betriebe von 30 000 auf 11 000 zurückgegangen. Angesichts neuer Strukturen in Ostdeutschland und des EG-Binnenmarktes müsse der Strukturwandel in NRW offensiv angegangen werden. Die SPD habe die Wirtschaft verfilzt und sich im eigenen Netz verfangen. Der Minister drücke sich um Ant-

worten auf neue Probleme herum. Über Teilhabe am Produktivkapital solle ernsthaft geredet werden. Immer neue Abgaben vorzuschlagen, schade dem Standort Deutschland. Beim Nachtragshaushalt sei das einzig wirksame Programm gekürzt worden, aus dem Klein- und Mittelbetriebe gefördert worden seien.

**Ernst-Otto Stüber** (SPD) widersprach dem Vorwurf, die Regierung habe nicht schnell genug auf die Kohlerunde reagiert. Kriterien seien aufgezählt und für Anfang 1992 eine projektscharfe Liste zugesagt worden. Sechs Millionen versicherte Beschäftigte und eine Arbeitslosenquote unter zehn Prozent im Ruhrgebiet seien beachtliche Erfolge. Bei Haushaltskürzungen seien Entwicklungen berücksichtigt worden, die geringere Subventionen vertretbar erscheinen ließen. Statt rumzumäkeln, solle die Opposition die solidarische Umschichtung zugunsten benachteiligter Landesteile mittragen. Der Vorwurf von Großförderung treffe überhaupt nicht zu. Beim nächsten Haushalt könne erneut über Korrekturen nachgedacht werden.

**Dr. Manfred Busch** (DIE GRÜNEN) bedankte sich für die Absage des Vorredners an ein atomares Zwischenlager in Kalkar, der der Minister zustimmen solle. Dieser betreibe Wirtschaftspolitik als persönliches Marketing, das die Grünen für verzichtbar hielten. Das Ergebnis der Anhörung zur Regionalpolitik sei niederschmetternd gewesen, der Minister habe es offenbar nicht gemerkt. Unternehmen machten sich trotz Geschenken der öffentlichen Hand nicht abhängig, das sei vernünftig. Anstelle von Miniregionen sollten die Kommunen gestärkt werden. Durch einen Verein sollten Entwicklungskonzepte zukunftsweisend gefördert werden. In den Montanregionen hätten die Großunternehmen den Strukturwandel massiv behindert. Nach der Kohlerunde stehe die Regierung im Regen. Geld umzuschaukeln, sei ein Bluff. Das Parlament solle Konzeptionslosigkeit unterschreiben, das sei eine Zumutung. Insgesamt seien die Ausschüsse der Aufgabe der Haushaltsberatung nicht gewachsen gewesen.

**Wirtschaftsminister Günther Einert** (SPD) widersprach dem Vortrag eines Negativlados bei Betriebsgrundungen: Vielmehr gebe es im Durchschnitt ein Plus von 10 000 pro Jahr. Der Handlungsrahmen von 2,2 Milliarden Mark bis 1995 für die Kohleregionen sei eine große Anstrengung, die von der Opposition als Farce bezeichnet werde. Jedoch sei noch nie eine Bonner Entscheidung so zügig umgesetzt worden wie die Kohlerunde. Unter die einzelnen Kürzungen behalte er sich Entscheidungen der nächsten Jahre vor. Kohlerunde und Programmwirksamkeit der Landesförderung dürften nicht vermisch werden. Im übrigen gehöre Entsorgung zu einem Industrieland wie NRW.

**Loke Mernizka** (SPD) forderte Redner der Opposition auf, sich im Land umzusehen, anstatt es zu beleidigen. Der Wirtschaftszuwachs in NRW sei etwa bei Umwelttechnologien unbestritten. Darauf sei die SPD stolz. Sie werde auch künftig angemessen reagieren.

**Dr. Manfred Busch** (DIE GRÜNEN) legte Wert auf korrekte Wiedergabe seiner Kritik



am Konzept Emscher Park. Statt Sanierung solle das Abwasser in Kanäle geschickt werden. Insgesamt müsse man sich dem Altlastenproblem stellen.

**Laurenz Meyer** (CDU) wiederholte die Kritik an der Kürzung der beschäftigungswirksamen Existenzgründungsförderung. Bei einer Zuwachsrate wie im Bundesdurchschnitt gäbe es in NRW heute 160 000 Arbeitsplätze mehr. Neue Arbeitsplätze seien der guten Bonner Politik zu verdanken. Statt den Bestand vor Ort zu pflegen, kümmerge sich der Minister um Investoren aus Japan. Inzwischen hinke das Land hinter EG-Beschlüssen her. Der Minister solle sich mehr für die Wirtschaft des Landes einsetzen.

**Minister Günther Einert** (SPD) verteidigte die Mittel für eine Auslandsagentur in Tokio als sinnvolle Förderung von Landesinteressen.

## Justizministerium

*(Der Landtag hat die Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses zu Einzelplan 04 des Justizministeriums angenommen und ihn damit in zweiter Lesung verabschiedet)*

**Dr. Hans-Ulrich Klose** (CDU) sagte, die Situation der Rechtspflege in NRW zeige kritische Symptome. Statt die Bedingungen der Rechtsgewährung in NRW zu verbessern, sei die Rechtsgewährung ständig schlechter geworden. Die Gründe dafür seien nicht nur im Lande zu suchen, sie lägen auch in der Gesetzgebung im allgemeinen. Er sei der Auffassung, daß die Landesregierung ernsthaft darüber nachdenken müsse, ob diese Entwicklung so weitergehen könne. Wenn es richtig sei, daß 19 000 Asylfälle bei den Verwaltungsgerichten in NRW nicht abgeschlossen seien, sei das ein Zustand, der auf die Dauer nicht hingenommen werden könne. Die Frage, wie man die Asylverfahren bei den Verwaltungsgerichten schneller zum Abschluß bringen könne, sei ausschließlich von der Landesregierung zu beantworten.

**Dr. Dieter Haak** (SPD) unterstrich, daß die Bevölkerung an den Problemen der Justiz in einem Maße interessiert sei, wie es die meisten Politiker gar nicht ahnten. Immerhin müsse man immer wieder sehen, daß in diesem Aufgabenfeld die tiefsten Eingriffe in Rechte des Bürgers möglich seien: durch Urteile, durch Strafverfolgung, ja auch durch Strafvollzug. „Wir haben doch alle, die wir alle einmal aufmerksam dort hingeschaut haben, in Ostdeutschland jetzt mitverfolgen können, was es bedeutet, wenn man eine gut arbeitende Rechtspflege nicht hat“, sagte der Abgeordnete.

**Heinz Lanfermann** (F.D.P.) wollte die Gelegenheit nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß man in der Problematik der Rechtsstaatlichkeit auch zwei bedauerliche Entwicklungen in letzter Zeit habe. Das erste betreffe diesen sogenannten Bagatelierlaß des Innenministers, der, wie die Fachleute sagten, einen nicht deswegen aufrege, weil er etwas Neues brächte, daß jetzt die Kleinkriminalität nicht mehr verfolgt werde. Es sei ja nur sozusagen die Erklärung, daß man es

jetzt offiziell akzeptiere, daß man es schon lange nicht mehr tue, und das dieses Nichtverfolgen von Kleinkriminalität jetzt durch das Verwenden von Formularen sozusagen in ein regelmäßiges Verfahren überführt werde.

**Roland Appel** (DIE GRÜNEN) bemerkte zur Frage der Strafaussetzung zur Bewährung bzw. der Frage des Freigangs für Gefangene nach Verbüßung eines großen Teils ihrer Straftat, er glaube, man müsse mit diesem Thema sehr vorsichtig umgehen. „Alle Menschen, die mit Strafvollzug und Strafrecht zu tun haben, wissen, daß es immer wieder Fälle geben wird, daß Menschen, die aus der Haft in den offenen Vollzug verlegt werden, straffällig werden“, sagte der Abgeordnete. Er bat „inständig“, nicht an der falschen Stelle die Schraube anzuziehen und nicht Einzelfälle zum Anlaß zu nehmen, alle Strafgefangenen und letztendlich den gesamten Vollzug mit negativen Wirkungen zu überziehen.

**Justizminister Dr. Rolf Krumsiek** (SPD) gab zu, die Justiz stehe vor einer großen



*Blick ins Plenum: In der Mitte Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe, links neben ihr Landtagsvizepräsident Ulrich Schmidt.*  
Foto: Schüler

Herausforderung. Er erinnerte daran, daß von Justiz-Mitarbeitern, Richtern, Staatsanwälten und Rechtspflegern zur Zeit 332 in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern tätig seien. Der Justizhaushalt sei neben dem Haushalt des Innenministers der einzige, in dem es echte Stellenzuwächse gebe. 31 Stellen seien umgeschichtet, 57 Stellen neu eingerichtet, und zwar besonders für die Verwaltungsgerichtsbarkeit und für die Finanzgerichtsbarkeit. Der Minister faßte zusammen, die Rechtsgewährung im Lande sei nicht schlechter geworden als in den vergangenen Jahren.

## Bauen und Wohnen

*(Je ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und GRÜNEN mit jeweils zwei Anlagen wurden abgelehnt. Der Einzelplan 14 selbst wurde entsprechend der Beschlußempfehlung angenommen.)*

**Siegfried Zellnig** (CDU) sagte zur Woh-

nungspolitik und deren organisatorischem Rahmen, am Anfang habe die Organisationsentscheidung des Ministerpräsidenten gestanden, das Ministerium für Wohnungsbau auszugliedern, also Städte- und Wohnungsbau voneinander zu trennen. Alle Sachkundigen bestätigten bis zum heutigen Tage, und die ständigen Koordinations-schwierigkeiten etwa in der Baulandfrage belegten dies auch, daß hier sachlich Zusammengehörendes auseinandergeführt worden sei. „Eine Fehlentscheidung erster Güte!“ betonte der Abgeordnete.

**Gerd-Peter Wolf** (SPD) äußerte, Fakt sei, daß bundesweit 1,5 Millionen Wohnungen fehlten, Fakt sei, daß in den nächsten Jahren die Hälfte der Sozialwohnungen aus den Bindungen falle, Fakt sei, daß nach Meinung aller Experten bundesweit jährlich mindestens 500 000 Wohnungen neu gebaut werden müßten, in NRW 100 000 Wohnungen. Die Wohnungsnot, die die Opposition beklage, sei nicht über Nacht gekommen. Sie sei gekommen, weil die Bundesregierung Entwicklungen in dieser Republik einfach „verpennt“ habe.

**Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.) erklärte, es werde kein Mensch in Wohnungsbau investieren, wenn nicht eine bestimmte Rendite erzielt werden könne. Zu dem Vorwurf der SPD, Bonn sei schuld, daß man keine Wohnungen habe, merkte der Abgeordnete an, 2,5 Millionen Menschen seien in den letzten zwei Jahren in die Bundesrepublik gekommen. „Das hat keiner wissen können, weder die Bonner noch Sie hier“, sagte Kuhl. Aber da kämen die Probleme her, warum die Wohnungen fehlten. Darüber hinaus gingen die Jugendlichen viel früher aus dem Haus, „als meine Generation das konnte“. Man habe 120 000 Scheidungen pro Jahr, das heiße 120 000 neue Wohnungen jedes Jahr nur für diesen Bereich. Darüber hinaus habe man immer mehr Single-Haushalte, sowohl alte Leute wie junge Leute.

**Gisela Nacken** (DIE GRÜNEN) unterstrich, zu Beginn dieser Legislaturperiode sei in NRW ein eigenes Ministerium für den Bereich „Bauen und Wohnen“ eingerichtet worden, gerade um der Wohnungspolitik einen angemessenen Stellenwert zu geben.

Dennoch habe sich bisher viel zu wenig bewegt. Das sei nicht die Schuld dieses Ministeriums oder gar der Ministerin: Nach wie vor bestimmten nämlich die Finanzen den Rahmen der Wohnungspolitik auf Landes- wie auf Bundesebene. „Und dieses Korsett ist einfach verdammt eng“, meinte Frau Nacken.

**Hannelore Brüning** (CDU) machte darauf aufmerksam, zu der allgemeinen Wohnungsnot in allen Bereichen komme noch ein zweiter Faktor: die wachsende Alterspyramide. Sie führte dann aus, die derzeitige Hochzinsphase, die steigenden Baukosten und steigende Grundstückskosten wirken sich außerordentlich negativ auf die Investitionsentscheidungen im Wohnungsbau aus. Das gelte insbesondere für den Bereich der Eigentumsbildung. Es gebe genügend baubereite junge Familien, die aber an eben diesen ungünstigen Voraussetzungen scheiterten.

**Bauministerin Ilse Brusis** (SPD) erklärte, sie könne überhaupt nicht denen zustimmen, die offensichtlich meinten, das höchste Ziel der Wohnungsbauförderungspolitik müsse sein, möglichst hohe Mieten zu erreichen. „Nein, mein Ziel ist, in erster Linie Wohnungen im sozialen Wohnungsbau für Familien mit kleinem Einkommen zu fördern. Deshalb müssen die Mieten bezahlbar bleiben“, sagte die Ministerin. Man müsse nicht nur denen helfen, die in den Einkommensgrenzen des sozialen Wohnungsbaus lägen. Auch diejenigen, die die Einkommensgrenzen überschritten hätten, könnten die teuren Marktmieten nicht mehr bezahlen.

## Schule, Kultur, Sport

*(Der Einzelplan 05 des Kultusministeriums ist in 2. Lesung mit Mehrheit angenommen worden. Ein Änderungsantrag der Grünen fand keine Zustimmung. Die Debatte begann mit der Aussprache über den Bereich „Schule“, die Bereiche „Kultur“ und „Sport“ schlossen sich an.)*

**Beatrix Philipp** (CDU) meinte, es müsse nicht heißen, der Haushalt werde saniert, die Schule gehe bankrott. Sondern: Die Schule gehe bankrott, und der Haushalt sei trotzdem nicht saniert. Aus vielen Diskussionen wußten inzwischen alle, daß der Finanzminister auch den Haushalt des Kultusministers schreibe, daß die abenteuerliche Finanzsituation des Landes Nordrhein-Westfalen demnächst darüber entscheiden werde, was in diesem Land in den Schulen noch an Bildung laufen werde. „Das halten wir für unverantwortlich.“ Es könne doch nicht wahr sein, daß „unsere Kinder“ die verfehlte Finanzpolitik der vergangenen 25 Jahre ausbaden müßten. Auch könne nicht wahr sein, daß alles, was Unterricht und Bildung ausmache, ausschließlich von der Formel bestimmt werde: „Bedarf ist, was bezahlbar ist!“

**Hans Frey** (SPD) räumte ein, für den Uninformierten höre es sich ganz schlimm an: Die Gymnasien bekämen nur 100 Stellen, die Gesamtschulen über 1 000 Stellen. Nur: die Opposition verschweige dabei ganz einfach, daß es sich bei der Gesamtschule um eine expandierende Schulform, also um eine Schulform handele, die im Aufbruch

begriffen sei, und insofern für die jeweils zuwachsenden Jahrgänge auch zusätzliche Stellen brauche. Die Gymnasien seien alle schon vorhanden. Hierin liege doch der entscheidende Unterschied. Zum Haushalt sagte der Schulausschußvorsitzende, die Situation des Einzelplans 05 sei grundlegend anders als die aller anderen Einzelhaushalte, weil die Landesregierung angekündigt habe, zum Einzelplan 05 im ersten Viertel des nächsten Jahres einen Nachtragshaushalt einzubringen. Deswegen habe die SPD auch auf Anträge verzichtet.

**Andreas Reichel** (F.D.P.) bezeichnete das, was man im Schulausschuß zu diskutieren hatte, als „wirklich pure Makulatur“. Das lasse nur einen Schluß zu: Dieser Kultushaushalt sei nicht verabschiedungsreif. Er unternehme nämlich nicht einmal den Versuch, irgendein Problem an den Schulen zu lösen. Er schreibe die Mangelverwaltung fort. Es bleibe bei der ungerechten Verteilung der Lehrer auf die verschiedenen Schulformen. 150 Lehrer insgesamt im ganzen Land für Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien, bei zeitgleich 1 080 Pensionierungen und 1 200 Einstellungen an Gesamtschulen. „Das kann doch wohl wirklich nicht wahr sein als Konsequenz aus Kienbaum“, sagte der Abgeordnete.

**Brigitte Schumann** (DIE GRÜNEN) erklärte: „Wir brauchen deutlich Neueinstellungen. Wir begründen diese eindeutig damit, daß das Lernen und zwar jenseits dieser fürchterlichen Schulformdiskussion, wie sie hier von der Opposition geführt wird, in den Schulen effizient gestaltet werden soll.“ Was das heiße, zeigte die Abgeordnete an „eklatanten Fehlentwicklungen“ auf. 20 Prozent organisierte Nachhilfe sei nötig, vor allem in der Sekundarstufe I. Nicht mitgezählt seien die Hilfslehrerinnen der Nation, die Mütter, die tagtäglich den Kindern beistehen müßten, damit überhaupt noch etwas gelernt werden könne. Pro Woche werden tatsächlich 28 Millionen Mark in die Nachhilfeindustrie investiert. Die Abgeordnete fuhr fort, innerschulische Förderung sei gefragt. Hier seien Ganztagschulen ganz besonders wichtig.

**Kultusminister Hans Schwier** (SPD) sagte, wenn die Schulen in unserem Lande — die Schülerinnen und Schüler, ihre Eltern, die Lehrerinnen und Lehrer — nur auf das hören würden, was von Bildungspolitikern der Opposition im Landtag versprochen oder eingeklagt werde, würden sie tatsächlich den Mut verlieren. Aber da sie das zum Teil nicht hörten, zu einem großen Teil auch nicht glaubten, „tun sie weiter ihre Arbeit“. Die nordrhein-westfälischen Schulen könnten den Vergleich mit allen Schulen im Bundesgebiet und die Bundesrepublik insgesamt mit allen Nachbarn gut aushalten.

*(Beim Block „Kultur“ des Einzelplans 05 ergriff zunächst die CDU-Sprecherin das Wort)*

**Professor Dr. Renate Möhrmann** (CDU) betonte, der Kulturausschuß sei zum Harmonieverein geschrumpft. Die schwarze Kassette stehe fest unter Staatsverschluß. Berühren für Parlamentarier strengstens verboten. Kulturpolitik werde anderswo gemacht. Das gelte besonders seit der Gründung der großen Stiftungen, die die parlamentarische Kontrolle weitgehend

außer Kraft setze. Daß durch Stiftungen neue Geldquellen für die Kultur gefunden würden, sei gewiß zu begrüßen. Nicht akzeptiert werde, daß diese Vergabequellen am Parlament vorbeiflossen. Die CDU kritisiere eine Kultuspolitik, die zunehmend aus dem Kultusministerium desertiere und bei der Millionenbeträge ohne jede parlamentarische Kontrolle verausgabt würden.

**Dr. Eugen Gerritz** (SPD) erwiderte, man unterscheide sich in NRW beim Stiftungsweisen von den übrigen Ländern dadurch, „daß wir, das Parlament direkt — nicht durch seine indirekte Kontrollfunktion, sondern durch direkte Beteiligung, durch Abgeordnete — eine kontrollierende Chance haben, in diesen Stiftungen mitzuarbeiten, und es gelingt durch unsere Beteiligung auch eine Koordination der Kulturstiftungen zu der Kulturpolitik dieses Landes und der Kommunen zu erreichen“. Zum Etat sagte der Abgeordnete, an vielen Positionen des Kulturhaushaltes habe sich für 1992 im Vergleich zu 1991 gar nichts geändert. Man könne von Überrollung reden. Es gebe zwar eine Steigerung, zwar nur von 1,2 Prozent. Die werde im wesentlichen von Personalkosten in Anspruch genommen.

**Wolfram Dorn** (F.D.P.) erklärte, es sei eine große Fehleinschätzung, Kulturpolitik könne durch große Festivalveranstaltungen demonstriert werden. Die Behauptung, Festivals würden NRW zum Kulturmagneten machen, sei eine gescheiterte finanzpolitische Gigantomanie. Da diese Festivals immer nur einen kleinen Kreis von kulturpolitisch interessierten Menschen in einem großen Flächenland erreichten, sei auch diese großspurige Politik trotz des millionenfachen DM-Aufwandes in NRW wirklich als gescheitert anzusehen. Es wäre sicher gut, wenn ein Teil der Festivalkosten in Zukunft den kulturpolitischen Aktivitäten im Land zur Verfügung gestellt würde.

**Brigitte Schumann** (DIE GRÜNEN) kritisierte, Kulturpolitik in NRW leide unter zwei Dingen, unter finanzieller Auszehrung und unter Ideenlosigkeit. „Wir beklagen die Benutzung des Kulturhaushaltes als Selbstbedienungsladen für kommerzielle Filmförderung Nordrhein-Westfalen im Rahmen der Filmstiftung.“ Wie erkläre die Landesregierung das Gefälle zwischen steigenden Ausgaben im Medienbereich und den stagnierenden bzw. rückläufigen Tendenzen im Kulturbereich? wollte die Abgeordnete wissen. Sie fragte weiter, wie die Landesregierung das Gefälle zwischen den Ausgaben für künstlerische und kommerzielle Filmförderung und natürlich auch die Aufteilung — einerseits die Anbindung an die Staatskanzlei, andererseits an Kultur — erkläre. Die Musikschulen beispielsweise stünden dagegen vor einer Existenzkrise.

**Kultusminister Hans Schwier** (SPD) meinte, die Musikschulen seien ein altes Thema. Aber er könne nicht gleichzeitig sagen, das Land möge sich doch bitte mit spektakulären oder zumindest aufsehenerregenden Ereignissen und Veranstaltungen beschäftigen, aber den Musikschulen müsse auch etwas gegeben werden. Immerhin: Die Musikschullandschaft Nordrhein-Westfalens könne den Vergleich mit jedem anderen Land aushalten. Das Androhen von Schließungen sei der Versuch, aus der knappen Kasse des Landes Fördermittel zu

erhalten: Auf jeden Fall führten solche Androhungen Gott sei Dank meistens nicht zum Erfolg. Zu den Kultus-Ausführungen der Grünen-Abgeordneten Schumann sagte der Minister: „Manchmal frage ich mich, warum Sie das immer so traurig sagen müssen. Kultus ist doch etwas Schönes, etwas Erfreuliches, etwas, was Spaß macht und Lebensmut auslöst.“

*(Der Landtag trat anschließend bei der Beratung des Einzelplans 05 in die Runde des Sports ein.)*

**Leonhard Kuckart** (CDU) ging auf den Schulsport ein und erinnerte an eine Erklärung von Professor Farthmann noch als Minister, der von großen Haltungsschäden bei Jugendlichen gesprochen hatte. Das sei schon lange her. Was geschehe? Es werde nichts getan. Der Schulsport sei das Stiefkind in den Schulen. Wenn er es richtig gelesen habe, solle dieser bei den Berufsschulen jetzt gänzlich abgeschafft werden, und der Schulsport werde ja auch mit Mathematik und mit Deutsch verglichen. Nun, man könne doch aber nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Sport sei das einzige Medium, das den Körper anspreche. Diese Landesregierung lasse zu, daß Generationen junger Menschen mit erheblichen lebenslangen körperlichen Schäden behaftet seien, weil sie nicht in der Lage sei, einen gesundheitsbezogenen Schulsport anzubieten, den sie selbst verkünde.

**Uwe Herder** (SPD) berichtete, Schul- und Hochschulsport würden in den kommenden Jahren mit 760 Millionen Mark zu Buche stehen. „Vereine, Verbände und Kommunen unterstützen wir direkt aus dem Haushalt mit rund 175 Millionen Mark.“ Hinzuzuzählen sei die Beteiligung des Landessportbundes an den Einspielergebnissen der Lotterien, Fußballtoto, Spiel 77, Rennquintett, die sich 1992 gut und gerne auf 60 bis 70 Millionen Mark aufaddieren könnten. Damit dürfte das Land Nordrhein-Westfalen in 1992 für die Bewegungs- und Spielkultur des Sports eine gewaltige Summe ausgeben; die allerdings zugleich ein angemessener Beitrag sei.

**Michael Ruppert** (F.D.P.) merkte zum Thema „Sport in der Verfassung“ an, das sei das Lieblingsthema des Kollegen Kuckart. Auch in manchen anderen Themenbereichen sei es sehr beliebt zu fordern, daß irgend etwas in der Verfassung abgesichert werden solle. „Ich habe manchmal das Gefühl, daß man das deswegen tut, weil es ja erst einmal nichts kostet, wenn es in der Verfassung steht.“ Nur, es bringe natürlich auch nichts. In den Jahren, in denen er sich hier im Landtag mit Sport befasse, aber noch mehr in den beinahe 20 Jahren, in denen er Mitglied eines kommunalen Sportausschusses gewesen sei, habe er nicht ein einziges Thema, ein einziges Problem erlebt, wo es dem Sport, etwa bei einer Sportstättenplanung, etwas geholfen hätte, wenn er in der Verfassung gestanden hätte.

**Gerhard Mai** (DIE GRÜNEN) wies darauf hin, er habe im letzten Jahr schon gesagt, daß er grundsätzlich die Ansichten des Kultusministers zu Schulsport und der Ausrichtung auf den Schulsport, auf den Breitensport im Lande für richtig halte und unterstütze. Der Minister habe mit dem Abteilungsleiter Eulering auch einen sehr fortschrittlichen Vordenker in diesem Bereich.

Der Abgeordnete kritisierte allerdings die Entwicklung, in der er auch NRW sah, daß es nämlich die Großanlagen mit Millionenbeiträgen subventioniere und die Sport- und Spielgelegenheiten um die Ecke, in der Nähe, in den Parks, in den Grünanlagen vernachlässige. Man müßte dazu einmal ein Schwerpunktprogramm entwickeln.

**Kultusminister Hans Schwier** (SPD) bestätigte den Kollegen Herder, man werde bei der Kürzung um eine Stunde in der Sekundarstufe I nicht den Sportunterricht um eine Stunde kürzen. Im Gegenteil, dadurch, daß man den Schulen sage, eine bis drei Stunden pro Woche sollten sie flexibel handhaben dürfen, könne auch mal mehr Sport, wenn das Wetter oder sonst was dazu reize, erteilt werden. Das heiße, daß die Stundenpläne nicht immer stur abgearbeitet werden müßten. Zu der CDU-Einlassung, der Schulsport solle in den Berufsschulen abgeschafft werden, stellte der Minister richtig, das sei eine Forderung eines Teils der Wirtschaft. Er

**Anne Garbe** (SPD) meinte dagegen, daß Frauenpolitik eine Querschnittsaufgabe sei, hätten inzwischen fast alle begriffen. Daß ein eigenständiges Ministerium erforderlich und hilfreich sei, um Verbesserungen für Frauen in allen Bereichen der Politik und darüber hinaus einzufordern, durchzusetzen und zu begleiten, hätten die meisten begriffen und weitgehend akzeptiert. In fast allen Einzelhaushalten sei erkennbar, daß Belange der Frauen besser und vermehrt berücksichtigt würden. Im übrigen wies die Abgeordnete darauf hin, daß die SPD-Fraktion die notwendigen Mittel für fünf zusätzliche Frauenberatungsstellen auch für diesen Haushalt durchgesetzt habe.

**Hagen Tschoeltsch** (F.D.P.) stellte fest: „Frauenpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Das ist der Grund, warum wir stets gegen die Errichtung eines eigenen Ministeriums waren.“ Es werde daher nicht überraschen, daß man auch den Haushalt ablehne. Mehr sei eigentlich nicht zu sagen.



Über Wohnungs- und Städtebaupolitik hat sich eine Gruppe von Architekten aus der niederländischen Provinz Gelderland in Nordrhein-Westfalen informiert. Sie wurde im Landesparlament vom Direktor beim Landtag, Heinrich A. Große-Sender (l.), empfangen, der die Präsidentin vertrat.

als Kultusminister habe dem heftig widersprochen.

## Gleichstellung Mann und Frau

*(Der Beschlußempfehlung entsprechend hat der Landtag in 2. Lesung dem Einzelplan 11 des Ministeriums für die Gleichstellung von Frau und Mann zugestimmt. Ein Änderungsantrag der Grünen wurde abgelehnt.)*

**Marie-Luise Woldering** (CDU) erklärte, an die Gleichstellungsministerin gewandt: „Die Zeit, die wir Ihnen für den Aufbau eines neuen Ministeriums zugewilligt haben, ist unseres Erachtens verstrichen.“ Auch der Haushalt 1992 könne absolut keinen Aha-Effekt hervorrufen. Die „überproportionale Steigerung“ des Haushalts fließe in den Personalhaushalt und in die sächlichen Verwaltungsausgaben. Bei Ausgaben für Investitionen zum Beispiel gehe der Ansatz um 100 Prozent zurück. Die Ministerin könne sich nicht in jedem Jahr dahinter verstecken, daß Frauenpolitik Querschnittspolitik sei.

**Marianne Hürten** (DIE GRÜNEN) meinte, der geringe finanzielle Umfang dieses Einzelplans zeige, wie wenig die SPD Gleichstellungspolitik ernst nehme. Die Ministerin selbst befände sich also ständig in einer Situation, einerseits auf die Querschnittsfunktionen ihres Ressorts hinzuweisen, andererseits aber ihr Klientel, zum Beispiel Frauenverbände und Gleichstellungsstellen, immer wieder mit der Behauptung enttäuschen zu müssen, es sei kein Geld da. „Diese Behauptung ist falsch: Das Geld ist da, wird nur nicht für Gleichstellung und Frauen, sondern für Mackerprojekte und Männer ausgegeben“, sagte die Abgeordnete.

**Gleichstellungsministerin Ilse Ridder-Melchers** (SPD) betonte, sie könne nunmehr auch sagen, daß die SPD sowohl innerparteilich als auch in der Regierungsverantwortung jeweils darauf geachtet habe, „daß wir verbindliche Regelungen bekommen, die es Frauen möglich machen, Macht und Einfluß wahrzunehmen“. Die Ministerin wies darauf hin, man verfüge über ein umfassendes Frauenförderungskonzept.

Und gerade die Maßnahmen für Frauen im öffentlichen Dienst, Beruf und Familie miteinander zu verbinden, Vereinbarkeit herzustellen durch Beurlaubung, durch längerfristige Beurlaubung, durch Teilzeitarbeitsmöglichkeiten, durch Angebote beim Wiedereinstieg, könnten sich in der Tat sehen lassen. Sie schloß: „Ich kann nur sagen: Wir sind stolz auf das, was wir bisher erreicht haben.“

## Finanzen, Haushaltsgesetz

*(Der Landtag hat den Entwurf des Haushaltsgesetzes 1992 in der Fassung nach der zweiten Lesung einstimmig an den Haushalts- und Finanzausschuß rücküberwiesen. Zuvor war er entsprechend der Beschlußempfehlung mit Stimmenmehrheit der SPD gegen die Stimmen der CDU, der Grünen und der F.D.P. akzeptiert worden. Ein Änderungsantrag der Grünen mit drei Anlagen zum Einzelplan 12 „Finanzministerium“ sowie ein weiterer Grünen-Antrag mit fünf Anlagen zum Einzelplan 20 „Allgemeine Finanzverwaltung“ sowie ein Änderungsantrag der gleichen Fraktion mit zwei Anlagen zum Haushaltsgesetz wurden abgelehnt, beide Einzelpläne mehrheitlich angenommen.)*

**Karl Meulenbergh** (CDU) sagte, die Steuereinnahmen sprudelten auch in diesem Jahr kräftiger als erwartet. Mit mehr als 3,6 Milliarden Mark lägen sie über dem Niveau des Vorjahres und erreichten die Rekordsumme von 57,9 Milliarden Mark. Diese Tatsache sei nach wie vor auf eine gesamtwirtschaftlich günstige Situation in Deutschland zurückzuführen. Zusätzlich profitiere NRW von der Nachfrage aus den fünf neuen Bundesländern. Was unzählige Beschäftigungsprogramme der Landesregierung nicht vermocht hätten, die arbeitsmarktpolitischen Impulse der Einheit hätten erstmals die Arbeitslosenzahlen in NRW nennenswert senken können. Nehme man sich den Einzelplan „Allgemeine Finanzverwaltung“ vor, suche man allerdings vergebens nach einer Resonanz dieser positiven Rahmenbedingungen. Der Finanzminister habe auch in diesem Jahr wieder eine atemberaubende Neuverschuldung zu verantworten: Ende 1992 werde die Verschuldung insgesamt sage und schreibe 117 Milliarden Mark betragen.

**Gisela Meyer-Schiffer** (SPD) wandte sich der Frage zu, wie die Nachwuchsförderung in der Steuerverwaltung gelinge, wie es gelinge dort die Attraktivität zu steigern. Die Methoden, die zwecks Abwerbung von großen Steuerberatungsbüros, von großen Abteilungen angewandt würden, seien allen bekannt. Zum Teil würden beträchtliche Ablösesummen gezahlt. „Wir halten das für ein ganz wichtiges Problem und beobachten die Entwicklung im Moment sehr sorgfältig“, sagte die Abgeordnete. Sie fügte hinzu, eines müsse deutlich und klar gesagt werden: Ein Mitarbeiten des Landes zur Abwehr dieser Abwerbungsversuche könne nicht die Lösung sein. Zu sagen sei heute, daß man für 1992 über 670 Finanzanwärter und -anwärterinnen, über 390 Steueranwärter und -anwärterinnen neu einstellen könne.

**Rudolf Wickel** (F.D.P.) betonte, wer so wie dieses Land vor der Wand stehe, der könne

sich noch nicht einmal bewegen, um etwas umzusetzen, geschweige denn die Regierungserklärung, die er in weiten Bereichen für eine Sprechblase halte, könne noch umgesetzt werden. Zur Aussage des Finanzministers, die Neuverschuldung in NRW werde bis 1995 stetig zurückgeführt, meinte Wickel: „Da sind wir schon wieder voll in der Rabulistik.“ Wenn die Zuwachsraten der Neuverschuldung kleiner würden, werde sie natürlich stetig zurückgeführt. Aber er könne nur lesen, was in der mittelfristigen Finanzplanung stehe. Da heiße es: Bis 1994 126 Milliarden Mark. Das seien 16 Milliarden Mark mehr gegenüber den 110 Milliarden Mark, die man jetzt habe, und das in weniger als drei Jahren!

**Dr. Manfred Busch** (DIE GRÜNEN) warf der CDU und F.D.P. vor: „Eine Linie der konservativen Opposition habe ich bei diesen Haushaltsberatungen nicht erkennen können.“ „Sie wollen Neuverschuldung reduzieren. Sie wollen Polizeistellen aufstocken. Damit kann ich, ehrlich gesagt, nicht viel mit anfangen“, sagte Busch. Für seine Fraktion erklärte er, man habe in ihr ein Gesamtkonzept verabschiedet, in dem neben den entsprechenden Ausgaben auch die entsprechenden Einnahmen gegenüberstünden. Dem Finanzminister hielt der Abgeordnete vor, in dessen ureigenstem Bereich, der Finanzverwaltung des Landes, türmten sich Probleme und Mißstände, aber getan werde nichts. „Sie verharmlosen hier“, schloß Busch.

**Finanzminister Heinz Schleißer** (SPD) entgegnete dem CDU-Politiker Meulenbergh, dieser habe sich auf seine, Schleißers, Rede zur Einbringung des Haushalts bezogen. „Sie haben dabei allerdings nicht erwähnt, daß ich die öffentlichen Haushalte angesprochen habe, nicht die Haushalte des Bundes oder des Landes Nordrhein-Westfalen, sondern die öffentlichen Haushalte.“ Da gebe er gerne recht: Das sei besorgniserregend...

## Betriebe stellen auf ökologischen Landbau um

Die Umstellung ganzer landwirtschaftlicher Betriebe auf Formen des ökologischen Landbaus werde seit 1989 im Rahmen der Landesrichtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für die Förderung der Extensivierung der landwirtschaftlichen Erzeugung gefördert. Für die Bereiche der Landwirtschaftskammern Rheinland und Westfalen-Lippe als Bewilligungsbehörden seien 1989 insgesamt 67, 1990 75 sowie 1991 bis zum 30. September 44 Anträge eingegangen. Das teilt das Landwirtschaftsministerium in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage des Grünen-Abgeordneten Dr. Michael Vesper mit (Drs. 11/2669).

## Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Helmut Koegele-Dorfs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Augustinus Henckel-Donnersmarck, laden zur nächsten Landtagsandacht im Landesparlament ein. Die Andacht findet am Donnerstag, 23. Januar 1992, um 9 Uhr im Raum E 3 Z 04 des Landtagsgebäudes statt.

## WFA-Eingliederung

### „Für Bauvermögen des Landes keine Gefahr“

*Mit den Stimmen von SPD und F.D.P. hat der Landtag in dritter Lesung am 18. Dezember 1991 das Gesetz zur Regelung der Wohnungsbauförderung (Drs. 11/2329) verabschiedet. CDU und Grüne stimmten dagegen.*

**Gerd-Peter Wolf** (SPD) verteidigte das Gesetz über die WFA-Eingliederung: Mit ihm werde Wohnungsbau effektiver, könnten mehr Wohnungen gebaut werden und die Fähigkeit der Landesbank, strukturpolitische Entscheidungen zu treffen und den Strukturwandel voranzubringen, werde gestärkt. Die CDU erinnerte er an ihre Versuche, das Landesbauvermögen zu „versilbern“. Mit dem Gesetz könne der „brachliegende Teil“ des Vermögens als Haftkapital eingesetzt werden.

**Hartmut Schauerte** (CDU) widersprach: Das Gesetz habe nichts mit Wohnungsbau zu tun. Es sei ordnungspolitisch falsch und darum abzulehnen. 8,7 Milliarden Mark an Vermögen des Landes würden an einen rechtlich selbständigen Dritten abgegeben, ohne zu wissen, was man dafür erhalte: „So leichtsinnig darf kein ordentlicher Kaufmann und erst recht nicht ein Minister handeln.“ Die Kapitalzufuhr für die WestLB verzerre den Wettbewerb und verschlimmere das Klima am Bankenplatz NRW.

**Rudolf Wickel** (F.D.P.) kritisierte den Rückfall im Diskussionsstand und widersprach den Einwänden gegen die geplante Übertragung; sie mache vieles effektiver und erspare dem Partner die Zinsen für Kredite zur Kapitalerhöhung. „Wir haben nun mal die WestLB, wir brauchen sie, wir wollen Strukturpolitik machen“, fuhr er fort, darum müsse sie sich am Markt behaupten können. Die WFA werde von der Aufgabenstellung her durch das Gesetz gesichert.

**Dr. Manfred Busch** (DIE GRÜNEN) meinte, der Wohnungsbau müsse gefördert werden und nicht die WestLB; er könne die versprochenen Synergieeffekte nirgendwo erkennen. Seine Fraktion lehne das Gesetz ab, zumal nicht die Zweifel ausgeräumt seien, „ob nicht Nachteile für die Handlungsfähigkeit der Wohnungspolitik entstehen“.

**Baumministerin Ilse Bruns** (SPD) wies darauf hin, daß nach eingehender Prüfung festzuhalten sei, die Wohnungsbauförderung nehme bei diesem Gesetz keinen Schaden, sie könne wie bisher weiterbetrieben werden. Das Vermögen sei nicht gefährdet und der politische Einfluß weiterhin gesichert. Auch für die Darlehensnehmer gebe es keine Veränderung.

**Finanzminister Heinz Schleißer** (SPD) sah keinen Anlaß für eine dritte Lesung, die Fragen seien inzwischen alle geklärt. Er wies den Vorwurf zurück, die Operation sei kostenlos und eine Subventionierung: Das sei unbares Kapital nicht, sondern es räume nur die Möglichkeit ein, „zu normalen Konditionen und zu Weltmarktpreisen auf dem Weltmarkt an Kapital zu kommen“. Mit dieser überflüssigen Lesung suche die CDU bloß eine Bestätigung für ihre „verkorkste Position“. Die sei aber von der Landesregierung nicht zu bekommen.

Der SPD-Antrag „Aktionsprogramm Frau und Beruf“ (Drs. 11/2465) und der CDU-Antrag „Förderinstrumentarium zur beruflichen Wiedereingliederung von Frauen“ (Drs. 11/2668) wurden nach im ganzen positiven Wertung in der Aussprache im Plenum am 13. Dezember in die Ausschlußberatung überwiesen, federführend an den Ausschuß für Frauenpolitik.

**Brigitte Speth** (SPD) begründete den Antrag ihrer Fraktion: Die Wirtschaft schätze zunehmend besondere Fähigkeiten zur Kommunikation, die Frauen hätten. Aufgabe von Frauenpolitik, wie sie die SPD-Fraktion verstehe, sei es, alle gesellschaftlichen Bereiche damit zu durchdringen. Mit dem „Aktionsprogramm Frau und Beruf“ solle die Erwerbstätigkeit der Frauen gefördert werden. Die Regionalstellen müßten auf Dauer finanziert werden, das sei im Haushaltsentwurf 1992 gelungen. Sehr erfolgreich sei auch das Wiedereingliederungsprogramm junger Frauen in den Beruf gelaufen.

**Regina van Dinther** (CDU) erläuterte den CDU-Antrag zur beruflichen Wiedereingliederung als Teil der Weiterbildung, die vielen Frauen auf den Nägeln brenne. Wirkliche Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf gebe es nur, wenn Rückkehr in qualifizierte Positionen möglich sei. Heute nähmen Frauen noch erhebliche Nachteile in Kauf, wenn sie sich für die Familienpause entschieden. Nach längerer Unterbrechung sei intensive Förderung nötig, eine konzentrierte Aktion solle das leisten. Investition werde mit hochmotiviertem Personal belohnt. Bei Teilzeit gebe es auch im öffentlichen Dienst noch viel zu tun.

**Ruth Witteler-Koch** (F.D.P.) stimmte den Vorrednerinnen zu und hielt eine Änderung der Einstellung von Müttern für nötig. Weibliche Selbstbilder seien zu stärken. Lob des Ministerpräsidenten seien nicht der richtige Weg. Die Kinderbetreuung in NRW sei trotz Regierungserklärung obsolet. Vorbildlich sei die Privatinitiative der Wittgensteiner Kuran-

## SPD-Aktionsprogramm Frau und Beruf Verdrängten Frauen zu Arbeit verhelfen

stalten, womit auch Beschäftigungsprobleme gelöst worden seien. Bedenklich sei, Auftragsvergaben an die Beschäftigung von Frauen zu koppeln. Die Wirtschaft solle besser aus sich heraus Frauen fördern. Generell solle die Familienfrau gleichgewertet werden.

**Marianne Hürten** (DIE GRÜNEN) beurteilte die berufliche Frauenförderung in NRW wie folgt: „Viel gewollt und wenig durchgesetzt.“ Frauenfreundlich reden und männerfreundlich handeln, sei das Motto in der SPD. In existenzsichernden zukunftsträchtigen Berufen seien Frauen immer noch in der Minderzahl. Bei Arbeitsförderung und Arbeitsbeschaffung kämen die Mittel vor allem Männern zugute. Das Mädchenprogramm sei klanglos wieder eingeschlafen, weil ineffektiv. Frauen in Männerberufen würden

nach der Ausbildung von Männern verdrängt. Der Frauenfördererlaß sei erfolglos geblieben. Einem Antidiskriminierungs-gesetz des Landes stimmten die Grünen zu. Frauenpolitik müsse zur Querschnittsaufgabe werden. Zum SPD-Antrag gebe es erhebliche Differenzen, dem CDU-Antrag stimmten die Grünen in vielem zu. Anschließend verlas die Rednerin ein Protestschreiben studierender Frauen des Sauerlandkollegs Arnsberg.

**Ilse Ridder-Melchers** (SPD), Gleichstellungsministerin, befürwortete die Beteiligung der Frauen an Weichenstellungen in der regionalen Strukturpolitik. Die Landesregierung greife das von der SPD geforderte Aktionsprogramm 1992 bis 1996 gerne auf. (weiter nächste Seite)



Nicht alle Berufe ermöglichen einen so problemlosen Wiedereinstieg nach familiärer Pause wie der Beruf der Friseurin. Vergessene Handgriffe und die Anwendung neuer Produkte sind schnell wieder eingeübt. Und die große Nachfrage nach guten Kräften erlaubt meistens eine flexible Arbeitszeitgestaltung. Foto: Schüler

**Marianne Hürten** (DIE GRÜNEN) bemängelte in der Antragsbegründung das völlige Fehlen von Gleichberechtigung in der Diskussion um die Kommunalreform. Bei Doppelspitze und Direktwahl von Bürgermeistern sei es nur um Männerpolitik und Machtverteilung unter Männern gegangen. „Die Frau mußte den Eindruck gewinnen, daß es um ihre Belange erst geht, wenn sich die Männer untereinander einig geworden sind. Schlimmer noch: Zunehmend mußte befürchtet werden, die Männer einigen sich nicht. Das heißt: Kommunale Frauenfragen kommen erst gar nicht auf den Tisch.“ Ausgelöst worden sei das durch Schnoors 10-Punkte-Programm, in dem Frauen nicht vorgekommen seien. Daher wollten die Grünen die Gleichstellungsstellen in der novellierten Gemeindeordnung als hauptamtliche Kraft ab 10 000 Einwohner, unterstützt durch vollzeitbeschäftigte Frauenbeauftragte in den Gemeinden, die allzuständig sein sollten und umfassende Rechte haben sollten.

**Erika Rothstein** (SPD) hielt die geänderte Antragsfassung für eine Verschlimmbesserung, die noch einmal überdacht werden müsse. Das Anliegen, möglichst in allen Kommunen die Gleichstellungsstelle einzurichten, sei SPD-Gedankengut und in NRW zuerst umgesetzt worden. Anfangs umstritten, habe es sich inzwischen durchgesetzt.

## Gleichstellung in der Gemeindeordnung

Der Grünen-Antrag „Gleichstellungsstellen in der novellierten Gemeindeordnung abschaffen!“ (Drs. 11/2082 neu), mit dem auch kleinere Gemeinden und die Kreise zur Einrichtung von hauptamtlichen Frauenbeauftragten verpflichtet werden sollen, wurde vom Plenum am 13. Dezember in die Ausschlußberatung überwiesen.

Besonders erfolgreich arbeiteten die an der Verwaltungsspitze angesiedelten Stellen. Die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten habe einen Katalog von Kompetenzen vorgelegt, über den intensiv beraten werden müsse.

**Marianne Paus** (CDU) erinnerte an den Bundesparteitag der CDU 1985, bei dem ein Leitansatz „Partnerschaft 2000“ beschlossen worden sei. Gleichstellung sei als kommunale Aufgabe gesetzlich klar definiert, in 173 Stellen institutionalisiert. Beim Grünen-Antrag müsse nach der Effektivität von vielen neuen Vollzeitkräften gefragt werden. Ständiger Einsatz vor Ort sei mühsamer, müsse aber durchgehalten werden. Zudem sei der Antrag verfassungswidrig, er verstoße gegen die kommunale Selbstverwaltung.

**Ruth Witteler-Koch** (F.D.P.) lehnte ebenfalls ab, da die jetzige Regelung in der Gemeindeordnung zufriedenstelle. Sie sei weiterhin

praktikabel. Wichtig sei die Entscheidung über die Organisation durch den Rat. In einem Katalog könnten die Aufgaben, etwa Mitsprache bei Bewerbungen, Frauenförderung in der Verwaltung, Sprechstunden, Dienstleistung für Bürgerinnen, Öffentlichkeitsarbeit, festgelegt werden. Eingriffe in Unternehmen dürfe es nicht geben.

**Ministerin Ilse Ridder-Melchers** (SPD) hielt den Grünen-Antrag für etwas zu weitgehend. Das Ergebnis einer von ihr in Auftrag gegebenen Umfrage sei erfreulich, fast überall werde die Gleichstellung hauptamtlich wahrgenommen, wo eine Stelle eingerichtet sei. Handlungsbedarf gebe es bei den Kompetenzen. Insgesamt habe sich die Einrichtung bewährt. Der Verfassungsauftrag zur Gleichberechtigung erlaube eine verbindliche Regelung, die auch finanziert werden müsse. Den kommunalen Beauftragten obliege nicht nur Kontrolle, sondern auch die Initiative zu frauenpolitischen Maßnahmen zusammen mit der Verwaltung.

## Änderung Landesabfallgesetz – zweite Lesung

### Weniger Müll wird Pflicht für alle

In zweiter Lesung debattierte der Landtag am 18. Dezember den Änderungsentwurf der Regierung zum Landesabfallgesetz (Drs. 11/1121), den Entwurf eines Abfallwirtschaftsgesetzes der GRÜNEN-Fraktion (Drs. 11/1295) sowie Anträge aller Fraktionen zum Gesetzestext nach der Ausschußberatung.

**Klaus Strehl** (SPD) warf CDU und F.D.P. die Verzögerung der Problemlösung bei der kommunalen Abfallwirtschaft vor. Der F.D.P.-Sprecher müsse sich Schludrigkeit vorwerfen lassen. Angesichts der Geschenkflut zu Weihnachten werde die Bedeutung einer durchgreifenden Offensive zur ökologischen Abfallvermeidung und -verwertung sichtbar, der die Gesetzesänderung diene. Mindestens 15 Prozent mehr Hausmüll sollten vermieden und 30 Prozent zusätzlich verwertet werden, ähnlich bei Produktionsabfällen. Die SPD-Fraktion folge dem Regierungsentwurf jedoch nicht bei einem generellen Verbot von Grund- und Mindestgebühren, um Mißbrauch auszuschließen. Die Entsorger würden zur Vermeidung und Verwertung, ferner zur zehnjährigen Entsorgungssicherheit verpflichtet.

Zum ersten Mal müßten auch Industriebetriebe Abfallkonzepte aufstellen. Verbrennung berge gegenüber der Deponierung Gefahrenpotential. Ohne sie komme man nicht aus. Über einige Inhalte der Gesetzesänderung habe im Ausschuß Einigkeit mit anderen Fraktionen erzielt werden können, weitere Änderungsanträge würden abgelehnt.

**Dr. Annemarie Schraps** (CDU) betonte, die Beschlußvorlage sei fehlerhaft gewesen, daher die Verzögerung bei der Verabschiedung. Die Bewertung der Oppositionsarbeit durch die Mehrheit sei miserabel, lediglich „ortsnah“ sei von der CDU übernommen worden. Die von der CDU für die Abfallberatung vorgeschlagenen Fachgremien seien zunächst auch abgelehnt worden. Bau-

schuttbörsen seien eine sinnvolle Form der Abfallverwertung. Wegen der Rahmengesetzgebung des Bundes sei die Überarbeitung der Novelle nicht auszuschließen. Ein unabgestimmtes Landesgesetz laufe leer und sei eher schädlich. Klare Ziele fehlten, ebenso der Vorrang der Verbrennung vor Ablagerung bei nicht verwertbaren Abfällen. Das Ausweichen davor täusche die Bürger und solle negative Diskussionen vermeiden. Das NRW-Lizenzmodell müsse mit dem bevorstehenden Abfallabgabengesetz des Bundes in Einklang gebracht werden.

**Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.) beantragt eine dritte Lesung, damit nicht gegen das Grundgesetz verstoßen werde. Zeitgewinn sei außerdem nötig, weil durch die Novelle das duale System auf Bund-Länderebene zu Scheitern drohe. Die Reststoffverwertung müsse nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen. Die SPD wolle dagegen die kommunalen Entsorger bevorzugen. Wertstoffsortieranlagen brauchten nicht so lange Genehmigungsverfahren wie die Abfallbeseitigung. Der Minister sei mit dem ganzen Problem nicht fertig geworden und drücke sich weiter vor der Verantwortung. Deponien seien Stoff-Zoos, auf denen 5000 verschiedene Stoffe auf engstem Raum zusammengedrückt würden. Das seien Altlasten von morgen.

**Gerhard Mai** (DIE GRÜNEN) sagte dem Minister Unterstützung zu, auch die Sortier- und Verwertungsanlagen nach dem Abfallrecht zu behandeln. Die Novelle wäre ohne Druck von Umweltverbänden nicht zustande gekommen, der Minister müsse sich heute an Grünen-Amtskollegen messen lassen. Mit Abfallbilanzen gingen die Grünen an die Grenze des rechtlich Möglichen. Betriebswirtschaftliches Wissen um die Stoffströme sollte jedoch selbstverständlich sein. Abfallbilanzen könnten ungeahnte positive Effekte haben, zum Beispiel Vorsorge aus Furcht vor einem schlechten Image. Leider sei die Gebührenbefreiung als Anreiz zur Abfallvermeidung wieder gestrichen worden. Die Grünen gingen in einem eigenen Gesetzentwurf von tiefgreifenden Änderungen im Konsumverhalten und der Produktion aus. Einweg-Erzeugnisse sollten möglichst verboten werden.

**Hans Peter Lindlar** (CDU) wies den Vorwurf von Verzögerungstaktik zurück. Das werde den Leistungen und der Mitarbeit der Opposition nicht gerecht. In der vom Bund entworfenen Technischen Anleitung Siedlungsabfälle werde die Verbrennung als Notwendigkeit bezeichnet. Der Landesminister habe nicht den Mut gehabt, auch in seinem Gesetz dazu zu stehen. Vor Arbeitsteilung drücke er sich durch Verzicht auf Leitlinien für die Kommunen. Nun experimentiere jeder für sich, was viel Geld kosten werde.

**Bernd Flessenkemper** (SPD) zitierte aus dem Ausschußprotokoll, der F.D.P. gehe es vor allem um die Privatisierung der öffentlichen Entsorgung. Sie lehne das Gesetz ab, weil sie sich damit nicht durchgesetzt habe. Beim Bauschutt werde deutlich, daß sie bei Profitaussichten schnell zum Privatisieren bereit, beim Risiko jedoch für öffentliche Börsen sei.

**Minister Klaus Matthiesen** (SPD) sagte, der gegenwärtige Stand der Technik solle besser nicht im Gesetz verankert werden. Im Ausschuß habe es viel Gemeinsamkeiten gegeben, im Plenum würden dagegen völlig abweichende Reden für draußen gehalten.

## Zähes Ringen hat sich doch noch gelohnt

### Eigener Klärschlamm darf auf die Äcker

Die im Laufe der parlamentarisch-politischen Beratung inhaltlich geänderte Novelle der CDU zum Landeswassergesetz (Drs. 11/1091+2853) wurde unter Zustimmung aller Fraktionen vom Plenum verabschiedet.

**Johannes Gorlas** (SPD) sah „rationale Gründe“ für die „plötzliche Harmonie“ im Ausschuß über eine Gesetzesänderung. Zwar werde der CDU-Entwurf abgelehnt, der CDU sei aber für die Anhörung zu danken, die wertvolle Hinweise gebracht habe. Nun werde der Landbewohner im Außenbereich zum Bau einer Kleinkläranlage verpflichtet und erst dann über die Zuständigkeit für die Abwasserbeseitigung entschieden. Zur Kleinkläranlage gehöre nicht nur eine Grube, sondern auch eine biologische Nachreinigung. Die Gesetzesänderung eröffne den Landwirten im Außenbereich die Möglichkeit, Klärschlamm auf den Äckern auszubringen. Den Gemeinden bleibe die Überwachung dieser Anlagen.

**Eckhard Uhlenberg** (CDU) erwähnte Irritationen seit 1989, weil Landwirte Klärschlamm aus kommunalen Anlagen auf Äcker ausbringen durften, aus ihren Kleinkläranlagen jedoch nicht. Der Änderungs-

vorschlag der CDU vom Februar 1990 sei vom Minister und der SPD abgelehnt worden. An der Anhörung („ein guter Termin“) habe sich die SPD mit keiner Wortmeldung beteiligt. In der nächsten Ausschußsitzung fehlten SPD-Mitglieder, so daß der Ausschuß beschlußunfähig gewesen sei. Danach habe es mit der SPD-Mehrheit auch mit den Fraktionen der F.D.P. und der GRÜNEN einen Kompromiß gegeben. Der CDU-Antrag sei weiter gegangen, dem Kernanliegen sei jedoch entsprochen, dafür sei den anderen Fraktionen zu danken.

**Friedel Meyer** (F.D.P.) hielt den Konsens über die Verwertung von Fäkalschlamm für einen Gewinn an Glaubwürdigkeit, den die Landwirte durch verantwortungsvolles und ökologisch vertretbares Abtragen des Klärschlammberges honorieren würden. Sie würden einsehen, daß Dünger aus Schlamm seuchenhygienisch unbedenklich und gesundheits- und umweltunschädlich sein müsse. Die Kommunen würden nicht länger unverhältnismäßig stark durch Anschlußzwang belastet. Für Außensiedlungen sollten alternative Klärverfahren erprobt werden.

**Gerhard Mai** (DIE GRÜNEN) bezeichnete die Behandlung des Problems als peinliche Posse. Sein Kollege Martsch, den er vertrete, habe die geplatze Ausschußsitzung als Ohrfeige für die Bauern und Fußtritt für das Parlament angesehen. Das kindische Streiten über das Copyright spreche für verlorenes Renommee. In der Sache sei durch Genehmigungspflicht für hofeigene Klärschlammabeseitigung und Kontrolle die Betriebssicherheit gewährleistet und mit ökologischen Aspekten verbunden. Daher stimmten die Grünen der Ausschußempfehlung zu.

## Verdrängte Frauen...

Fortsetzung von Seite 13

es entspreche der Intention von Rau. Es könne auf in Gang gesetzte Maßnahmen aufbauen. Im Arbeitsleben gehe es nicht um Karriereförderung, sondern um Existenzsicherung für Frauen. Sie werde sich um Vorlage nach der Sommerpause bemühen. Beim CDU-Antrag störe die Zielsetzung, den Frauen die Familienarbeit wieder schmackhaft machen zu wollen. Im 100-Millionen-Mark-Sonderprogramm würden Frauen klar bevorzugt und seien Maßnahmen zur Berufsrückkehr mit Unterhaltszuschüssen und Kinderbetreuung möglich. Das Land könne das aber nicht allein übernehmen, weitere Kürzungen des Bundes gingen leider massiv zu Lasten von Frauen.



Der Stellvertretende Innenminister der RSFSR (Rußland), Eugenij Abramov (M.), hat den Landtag besucht und mit Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (2. v.r.) sowie Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD, 2. v.l.) und dem Direktor beim Landtag, Heinrich A. Große-Sender (l.), ein Gespräch über aktuelle Probleme seines Heimatlandes geführt. Bild links. — Eine Delegation von Stadtkämmerern der Union of Local Authorities, des israelischen Städte- und Gemeindebundes, hat auf ihrer Deutschlandreise auch den Landtag besucht und ist von Landtagsvizepräsident Ulrich Schmidt (M.) empfangen worden. Die Kämmerer aus verschiedenen Städten und Gemeinden in Israel wollten sich einen Überblick über die öffentliche Verwaltung verschaffen und über politische sowie gesellschaftspolitische Fragen eine Aussprache führen (Bild rechts).  
Fotos: Schüler

## NRW steht weiter zur Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Der Landtag hat in direkter Abstimmung einer Initiative zur Unterstützung der Arbeit der „Stiftung Preußischer Kulturbesitz“ auf Antrag der F.D.P.-Fraktion einstimmig zugestimmt (Drs. 11/2673). Ein Änderungsantrag der Grünen (Drs. 11/2919) erledigte sich im ersten Teil. Der zweite Teil wurde abgelehnt.

**Wolfram Dorn** (F.D.P.) erläuterte, die „Stiftung Preußischer Kulturbesitz“ sei eine Stiftung, die vom Bund und von den Ländern gemeinsam getragen werde. Nach dem zur Zeit gültigen Schlüssel würden die Kosten für die Stiftung — außer Neubau und Ersteinrichtung — zu 25 Prozent von den Ländern getragen, die übrigen 75 Prozent übernehme der Bund. Das bedeute für NRW, daß bisher ein jährlicher Festbetrag von 12,5 Millionen Mark gezahlt worden sei. Der Stiftungsrat habe jetzt beschlossen, aus den 14 Museen im Ostteil Berlins und den 14 Museen im Westteil Berlins eine Einheit von insgesamt 17 Museen zu schaffen; und die dringend notwendigen Reparaturen auf der Museumsinsel betrügen allein 500 Millionen Mark, die der Staatsbibliothek 270 Millionen Mark. Im Gesamthaushalt der Stiftung sei eine 25prozentige Steigerung der Mittel erforderlich. Die Verpflichtung bleibe für die Länder erhalten. Deswegen habe die F.D.P. diesen Antrag gestellt.

**Dr. Eugen Gerritz** (SPD) sagte, die Initiative der F.D.P. sei durchaus zu begrüßen. „Über die Bedeutung, die Wichtigkeit der ‚Stiftung Preußischer Kulturbesitz‘ gibt es zwischen

uns allen keinen Dissens“, sagte der Kulturpolitische SPD-Sprecher. Unter den Bundesländern sei NRW der Hauptzahlmeister. Das Land NRW wolle die Stiftung auch in Zukunft in einem Maße, wie sie es bisher getan habe, unterstützen. Es sei aber nicht Aufgabe einer solchen Unterstützung, sozusagen eine zusätzliche Berlin-Hilfe zu installieren.

**Dr. Hans Horn** (CDU) faßte die Haltung der Union zusammen: Die CDU-Fraktion würde sehr begrüßen, würde die Fortführung der Stiftung durch den Bund und alle 16 Länder erreicht. Ein Rückzug der Länder oder eines Teils der Länder könne nicht wünschenswert sein, zumal die Kulturhoheit bei den Ländern liege. Man wünsche die Beteiligung des Bundes und aller Länder auch wegen des Finanzvolumens. Die Unterstützung der Stiftung durch das Land NRW müsse auch in Zukunft die Möglichkeit eröffnen, in Nordrhein-Westfalen Ausstellungen der Stiftung zu organisieren oder sich daran zu beteiligen. Es sei bekannt, daß die Bundesländer Saarland und Bayern eine andere als die bisherige rechtliche Konstruktion anstreben. Es sei darum zu begrüßen, daß wenigstens für das Jahr 1992 die Finanzierung der Stiftung im Kern gesichert sei.

**Brigitte Schumann** (DIE GRÜNEN) erinnerte daran, Ägypten erhebe Anspruch auf die Rückführung der Nofretete nach Kairo: Diesem Anspruch Ägyptens, der legal sei, könne sich die Stiftung nicht ernsthaft entziehen.

**Kultusminister Hans Schwier** (SPD) bat die Grünen „herzlich“, die an sich schon schwierigen Verhandlungen nicht mit einer Frage zu belasten, die nicht eine spezielle Frage des Preußischen Kulturbesitzes, sondern aller Sammlungen sei. Es sei nicht hinnehmbar, den Preußischen Kulturbesitz, der zum Glück größer geworden sei und über den es zwischen den beiden Teilen Deutschlands keinen Streit mehr gebe, wem was gehöre, nun zusätzlich mit einer sehr komplizierten Frage zu belasten.

## Codeinpräparate für Drogenabhängige nur Notbehelf

Die Behandlung Drogenabhängiger mit Codeinpräparaten schätzt die Landesregierung in jeder Hinsicht als Notbehelf ein. Die Behandlung mit Codeinpräparaten sei in der derzeitigen Form weitgehend eine Folge der langjährigen Vernachlässigung der international eingeführten Methadontherapie in der Bundesrepublik. Das geht aus der Antwort des Gesundheitsministeriums auf eine Kleine Anfrage des Grünen-Abgeordneten Roland Appel hervor (Drs. 11/2497). Appel hatte wissen wollen, wie die Landesregierung Erkenntnisse über Art und Umfang ambulanter ärztlicher Behandlung Drogenabhängiger mit Codeinpräparaten unter medizinischen, therapeutischen und rechtlichen Gesichtspunkten einschätze.

## Neufassung des Rettungsgesetzes tritt im Frühjahr in Kraft

Das Land Nordrhein-Westfalen habe den Rettungsdienst durch das am 1. Januar 1975 in Kraft getretene Gesetz über den Rettungsdienst geregelt. Das Rettungsgesetz in seiner derzeitigen Fassung reiche aus, eine gleichmäßige rettungsdienstliche Versorgung in allen Teilen des Landes zu gewährleisten. Das Gesetz bedürfe lediglich insoweit einer Er-

gänzung, als die bisher nach dem Personenbeförderungsgesetz erteilte Genehmigung für außerhalb des Rettungsdienstes tätige private Krankentransportunternehmer ab 1. Januar 1992 landesgesetzlich zu regeln sei. Das teilt das Gesundheitsministerium des Landes auf eine Kleine Anfrage des F.D.P.-Abgeordneten Hans-Joachim Kuhl mit. Der

Entwurf einer Neufassung des Rettungsgesetzes sei erstellt. Mit dem Inkrafttreten werde im Frühjahr 1992 gerechnet. Kuhl hatte die Befürchtung geäußert, ab 1. Januar 1992 werde es in NRW einen rechtlosen Raum geben, wenn bis zu diesem Zeitpunkt kein Landesgesetz für den Rettungsdienst vorliege (Drs. 11/2736 und 2953).

## Aktuelle Stunde zur Lage der Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen

### „Weitere Preissenkungen und Wegfall des Außenschutzes wären Katastrophe“

Die Auswirkungen der laufenden GATT-Verhandlungen und der EG-Reformvorschläge zur Agrarpolitik auf die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen waren das Thema einer Aktuelle Stunde des Landtags am 13. Dezember vergangenen Jahres. Beauftragte hatte diese Aussprache die CDU-Fraktion.

**Dr. Helmut Linssen**, CDU-Fraktionsvorsitzender, stellte fest: „Die Agrarpolitik ist gescheitert, wir brauchen eine Neuorientierung.“ Da helfe es nicht, „sich immer wieder klagend gegen Brüssel zu wenden“; verlangt seien Neukonzeptionen und Beiträge des Landes, „um die Strukturwandlungen nicht zu einem Strukturbruch werden zu lassen“. Die landwirtschaftliche Produktion müsse gedrosselt werden, das könne nur über Stilllegungen im gesamten EG-Bereich, nicht nur in Deutschland, erreicht werden. In dieser Phase seien Einkommenshilfen zu zahlen, da die Reduzierung über den Preis gescheitert sei. Neben der Flächenstilllegung sei die alternative Nutzung, eine „Rotationsbrache auf freiwilliger Basis“, einzuführen. Der Anbau nachwachsender Rohstoffe, eine extensive Grünlandnutzung und verstärkte Aufforstung seien weitere Möglichkeiten.

**Gunther Sieg** (SPD) wertete positiv, daß die CDU sich auf die Regierungspolitik zuentwickle. Er zeigte Verständnis für die Demonstrationen der Bauern, die damit auf ihre Nöte aufmerksam machen wollten. Kritik übte er an dem Willen des Bundeswirtschaftsministers, der die Preise weiter nach unten fahren und den Außenschutz aufheben wolle. Bei allem Streit unter den Industrieländern über die Agrarpolitik denke niemand an die Probleme der Länder der Dritten Welt, die nicht zuletzt auf die Überschüsse unserer Landwirtschaft zurückzuführen seien. Ohne EG-Reform könne es darum keine erfolgreichen GATT-Verhandlungen geben; nötig seien der Abbau von Überschüssen und mehr Umweltschutz.

**Hagen Tschoeltsch** (F.D.P.) nahm für seine Fraktion eine Außenseiterrolle in Anspruch: Freier Welthandel und Schutz der Landwirtschaft schlossen sich aus. Zu Subventionen für die Landwirtschaft nehme die F.D.P. dieselbe Haltung ein wie in der Kohlediskussion: Subventionen und Schutzzölle müßten abgebaut werden, Deutschland sei schließlich ein Exportland, das seine Ausfuhren gefährde, wenn es nicht zu einer Arbeitsteilung innerhalb der Weltwirtschaft komme,

**Hermann-Josef Schmitz** (CDU) forderte einen stärkeren Beitrag der Landespolitik zum Schutz und Erhalt der Landwirtschaft, etwa durch aktive Beteiligung an der Verlängerung des Umsatzsteuerausgleichs und durch Unterstützung für eine leistungsfähige Vermarktungsstruktur im Lande.

**Herbert Heidtmann** (SPD) unterstrich, daß man in der Landwirtschaftspolitik längst zum Spielball von Entscheidungen aus Brüssel geworden sei. Eine ganze Kulturlandschaft drohe vernichtet zu werden. Es gehe nicht um den einzelnen Bauern, sondern um ganze Regionen, betonte er.

**Karl Wegener** (CDU) warf dem Minister vor, er nutze viele Möglichkeiten nicht, „die auch ohne Geld zum Segen der Landwirtschaft und der in der Landwirtschaft Tätigen umgesetzt werden könnten“. Wenn die junge Generation nicht mehr bereit sei, Landwirt zu werden, dann träten die chaotischen Verhältnisse ein, die soeben beschworen worden seien.

**Horst Steinkühler** (SPD) kam zu der Einschätzung, daß diese Aktuelle Stunde weder die GATT-Verhandlungen noch die Brüssler Beratungen beeinflussen könne. Aber man müsse wissen, welche Folgen vor Ort „auszubaden“ seien. Er hoffe darum auf vernünftige Lösungen.

**Friedel Meyer** (F.D.P.) sah einen Ausweg darin, nach Auslaufen des Mehrwertsteu-



Die Handlungsmöglichkeiten des Landes sind beschränkt, sollten aber genutzt werden (v.l.): Karl Wegener (CDU), Horst Steinkühler (SPD), Friedel Meyer (F.D.P.), Marianne Hürten (DIE GRÜNEN) und Minister Klaus Matthiesen (SPD) in der Debatte zu den Aussichten der Landwirtschaft. Fotos: Schüler

**Landwirtschaftsminister Klaus Matthiesen** (SPD) unterstrich bei allem Strukturwandel die Notwendigkeit der Existenz einer leistungsfähigen Landwirtschaft, denn ohne sie gäbe es im dichtbesiedelten NRW keine intakten ländlichen Räume mehr. Die Landwirtschaft leide unter sinkenden Preisen und Einkommen; junge Landwirte sähen heute keine Zukunftsperspektive mehr. Es sei eine grundlegende Reform nötig, dabei sei die Erhaltung und Weiterentwicklung des bäuerlichen Familienbetriebs unverzichtbar, betonte der Minister. Von der GATT-Runde sei zu fordern, daß sie keine weiteren Belastungen für die Landwirtschaft bringe, die EG-Reformvorschläge seien Grundlage für weitere Beratungen, wenn sie auch in einigen Bereichen über das Vertretbare hinausgingen. Wenn man in der Landtagsdebatte zu einer Annäherung komme, dann wäre man eher in der Lage, unheilvolle Entwicklungen abzuwenden, schloß Matthiesen.

bei der auch die Entwicklungsländer ihre Chance erhielten. Es sei aber auch unbestritten, daß für die Familienbetriebe Ausgleichsmaßnahmen vorgeschlagen werden müßten.

**Gerhard Mai** (DIE GRÜNEN) sah als Folge des Zwangs der Landwirtschaft, immer günstiger zu produzieren, oder immer weniger für ihre Produkte zu erlösen, daß dies für die große Mehrheit der Bauern und der Regionen das Ende bedeuten würde. Da befänden sich die Grünen in Übereinstimmung mit vielen anderen. Zusammen mit den Maximalforderungen bei den GATT-Verhandlungen bedeute dies den „agrarpolitischen Kahlschlag“. Für die Grünen sollten die Bauern aber mit den geplanten Prämien für Extensivierung, Landschaftspflege und umweltschonenden Bewirtschaftung nicht „Staatsrentner“ werden; die Bauern wollten lieber ihr Geld auf den Absatzmärkten selbst verdienen.

erausgleichs den soziostrukturellen Ausgleich von derzeit 90 Mark pro Hektar aufzustoßen.

**Marianne Hürten** (DIE GRÜNEN) sagte von der Subventionierung der Landwirtschaft, sie sei auf Dauer nicht haltbar und auch nicht im Sinne der Betroffenen. Statt dessen müsse man zu einem System der gerechten Preise kommen, die würden auch die Fluchtursachen in den armen Ländern bekämpfen.

**Eckhard Uhlenberg** (CDU) zeigte sich enttäuscht vom Minister, daß dieser nicht zum Mehrwertsteuerausgleich Stellung bezogen habe.

**Minister Klaus Matthiesen** (SPD) wies darauf hin, daß eine Anschlußregelung für den Entfall des dreiprozentigen Umsatzsteuerausgleichs in Arbeit sei. Darauf habe sich vor kurzem die Ministerpräsidentenkonferenz verständigt.



## Kieselrot: Grünen wird Angstmache vorgehalten

„Kein Sport auf Dioxin — Die Empfehlung der Landesregierung, die Kieselrot-Sportplätze in Nordrhein-Westfalen freizugeben, muß zurückgenommen werden!“ hieß ein Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN, der auf Ablehnung bei SPD, CDU und F.D.P. stieß. Sowohl der CDU-Abgeordnete Rolf Krieger wie auch Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) hielt den Grünen „Angstmache“ vor.

**Donata Reinecke** (SPD) sagte: „Die Dioxintonne des Herrn Dr. Vesper ist im Laufe der Beratungen abhanden gekommen; Beratungsbedarf hat es auch in den Ausschüssen nicht mehr gegeben. Wir lehnen den Antrag ab.“

**Rolf Krieger** (CDU) sagte, der Antrag und die Debatten hätten deutlich vor Augen geführt, „warum die Grünen überhaupt hier unter uns sitzen“. Es sei das Geschäft mit der Angst, dem sie ihre schon längst vergangenen Erfolge Anfang der 80er Jahre verdankten. Als er die Begründung zu dem Antrag gelesen habe, hätte er eigentlich davon ausgehen müssen, die Bevölkerung von Marsberg sei schon stark dezimiert. Anders jedoch die Realität. „Gott sei Dank noch existierende Marsberger, die mit dioxinhaltiger Kupferschlacke ständig und intensiv in Berührung kamen, wiesen gegenüber Vergleichspersonen, die keinen Kontakt hatten, keine höheren Werte an PCD DF auf.“ Das Beharren der Grünen auf eine Schließung der dringend für Vereine, Sport-



Den parlamentarischen Presseabend 1991 gab Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe in Atelier und Werkstatt des international renommierten Düsseldorfer Künstlers Günter Uecker. Ihre Gäste konnten dabei einen Einblick in das aktuelle Schaffen des Künstlers gewinnen. Unser Bild zeigt die Präsidentin zusammen mit Prof. Uecker vor neuesten Produktionen.

ler und Schüler notwendigen Sportanlagen sei reine Verunsicherung der Bevölkerung.

**Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.) meinte, er sei sich mit dem Kollegen Matthiesen nicht ganz so häufig einig. „Aber jetzt sind wir uns einig: Wir wollten eigentlich beide nicht mehr reden.“

**Dr. Michael Vesper** (DIE GRÜNEN) betonte, auch wenn Kieselrot nicht mehr in den Schlagzeilen stehe, das Problem existiere weiter. Die Gefährlichkeit des Giftes werde eher unterschätzt. Und leider trage die Landesregierung dazu in unverantwortlicher,

fahrlässiger Weise bei. In anderen Bundesländern seien die Kieselrot-Plätze nach wie vor gesperrt. Kieselrot sei nach wie vor die zweitgrößte Dioxinquelle in Nordrhein-Westfalen. Die Landesregierung habe bis heute kein Sanierungskonzept. Nur eines stehe fest: Die Sanierung werde teuer. Aus diesem Grunde lasse man eine Studie anfertigen, die bekannte Kieselrot-Studie, die das Problem einfach wegdefinieren solle. Es sei ja bekannt, daß Gutachten im allgemeinen zu dem Ergebnis kämen, das die Auftraggeber sich erhofften. Die Studie beweise überhaupt nichts. Fortsetzung Seite 18

## Landtag sagt Ja zu Deutsch-Französischem Kulturkanal

Der Landtag hat entsprechend der Beschlußempfehlung des Hauptausschusses dem Staatsvertrag über den Europäischen Kulturkanal zugestimmt und einem Entschließungsantrag der CDU ebenfalls grünes Licht gegeben (Drs. 11/2941). Zwar kamen in der Debatte noch Bedenken auf, aber generell setzte sich die Erkenntnis durch, daß Europa Kompromisse erforderlich mache.

**Hans Kern** (SPD) äußerte Optimismus, daß mit diesem Sender eine große Chance für Europa bestehe. Bei aller Betonung der Regionen in diesem Europa müsse nämlich davor gewarnt werden, daß daraus nicht internationaler Provinzialismus werde. Es sei ferner notwendig, „unsere Vertreter“ in den Verwaltungsräten von ARD und ZDF aufzufordern, dort stärker darauf hinzuwirken, „daß wir den EKK wollen, weil wir Europa wollen“. Es wäre fatal, wenn ARD und ZDF diesen Kanal als lästige Konkurrenz empfinden würden. Wenn Europa seine kulturelle Selbstbehauptung meistern und die multikulturellen Besonderheiten seiner Nationen und Regionen fördern und erhalten wolle, dann schulde es seinen Bürgern ein europäisches Kulturprogramm.

**Ruth Hieronymi** (CDU), stellvertretende Fraktionsvorsitzende, bezeichnete Kerns Rede als einen „klassischen Salto mortale“. Von der entschiedenen Ablehnung des europäischen Kulturkanals, durch Jürgen Büssow wortreich untermauert, bis hin zum begeisterten europäischen Ja durch den Abgeordneten Kern. „Das ist schon ein ordentlicher Weg, den Sie da zurückgelegt haben.“ Aber das Ergebnis zähle, und wenn man sich im Ergebnis in einem von der CDU vorgezeichneten vernünftigen Punkt treffen könne, „sind wir auch gerne mit der Geschwindigkeit einverstanden“, sagte die Abgeordnete.

**Dr. Achim Rohde** (F.D.P.) signalisierte Zustimmung zu dem „wegweisenden Entschließungsantrag“ der CDU. Natürlich habe man Bedenken. Jürgen Büssow habe sie damals zu dem europäischen Kulturkanal auf den Punkt gebracht. Aber Europa habe seinen Preis. Trotz Bedenken stimme man dem Staatsvertrag zu.

**Bärbel Höhn** (DIE GRÜNEN), Fraktionssprecherin, meinte, erst einmal habe der europäische Kulturkanal mit Europa wenig zu tun. Er sei eher ein Kulturkanal zwischen Deutschland und Frankreich. „Ich denke, wir

können für Europa mehr Flagge zeigen, wenn wir in anderen Punkten etwas für Europa machen würden und nicht gerade in diesem Punkt“, sagte Frau Höhn. Sie müsse sagen, daß die Argumente, die gegen diesen Deutsch-Französischen Kulturkanal sprächen, erheblich höher zu bewerten seien, als die Argumente, die dafür sprächen.

**Jürgen Büssow** (SPD) unterstrich, sein Kollege Kern habe völlig recht, die SPD sei für Europa. Seine Skepsis gegenüber dem Deutsch-Französischen Kulturkanal indes bleibe. Das interessanteste an diesem Staatsvertrag sei in seinen Augen die Kündigungszeit und die Kündigungsklausel. Das heiße, dieses Vertragswerk stehe auch unter Vorbehalt und müsse sich in der Wirklichkeit behaupten.

**Staatskanzleiminister Wolfgang Clement** (SPD) betonte, es sei das Problem in Europa, daß man ununterbrochen Kompromisse schließen müsse, wenn man vorankommen wolle. Im übrigen wies er noch einmal darauf hin, auch im Zuge der Diskussion nach Maastricht: Ohne deutsch-französische Kooperation würde Europa keinen Schritt vorangekommen sein.

## Viele Eingaben zum Bauen im Außenbereich Nur eine Wohnung im Stallgebäude

*Ein häufig an den Petitionsausschuß herangetragenes Problem ist die Zulässigkeit von baulichen Erweiterungen vorhandener Wohngebäude im Außenbereich. Die derzeit starke Nachfrage nach Wohnraum erweckt bei vielen den Wunsch, ehemals landwirtschaftlich genutzte Wirtschaftsgebäude zu Wohnraum umzuwandeln.*

Mit dem Anliegen, zwei zusätzliche Wohnungen für ihre Kinder und deren Angehörige in den früheren Stallgebäuden neben dem von ihr bewohnten Wohnhaus errichten zu können, wandte sich auch eine Petentin an den Petitionsausschuß, da beide Familien mit je drei Kindern erhebliche Schwierigkeiten hätten, eine angemessene und finanziell tragbare Wohnung zu finden.

Da der Außenbereich weitestgehend vor der baulichen Inanspruchnahme geschützt werden soll und seine Zersiedelung aus vielerlei Gründen städtebaulich unerwünscht ist, sind derartige Baumaßnahmen durch das Baugesetzbuch Grenzen gesetzt. Danach ist die Erweiterung von zulässigerweise im Außenbereich errichteten Wohngebäuden zulässig, wenn die Erweiterung im Verhältnis zum vorhandenen Wohngebäude und unter Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse

angemessen ist. Die Anzahl der zulässigen Wohnungen ist auf zwei Einheiten beschränkt. Zwar erlaubt das am 1. Juni 1990 in Kraft getretene Wohnungsbau-Erleichterungsgesetz auch die Errichtung einer dritten Wohnung. Voraussetzung ist jedoch, daß diese Wohnung in einem Gebäude eines noch intakten landwirtschaftlichen Betriebes errichtet wird.

Die vom Petitionsausschuß durchgeführten Ermittlungen haben ergeben, daß die Petentin die landwirtschaftliche Nutzung bereits vor zehn Jahren aufgegeben hatte. Da somit ein landwirtschaftlicher Betrieb seit vielen Jahren nicht mehr bestand, konnten die Begünstigungen des Wohnungsbau-Erleichterungsgesetzes nicht angewandt werden. Damit war lediglich für die Errichtung einer zweiten Wohnung die Erteilung der Baugenehmigung möglich.

## Ausgleichszahlung für Wohnungsbelegung entfällt bei Rückzahlung

*Die Fehlbelegungsabgabe ist ein häufiges Thema beim Petitionsausschuß. Sie soll denjenigen Wohnungsinhabern, die zwar aufgrund ihres Einkommens seinerzeit berechtigt in eine mit öffentlichen Mitteln geförderte Sozialwohnung eingezogen sind, aber im Laufe der Zeit über ein höheres Einkommen verfügen, den nicht mehr benötigten wirtschaftlichen Vorteil, der auf der subventionierten Kostenmiete beruht, entziehen. Eine vergleichbare Funktion erfüllt die Ausgleichszahlung nach dem Wohnungsbindungsgesetz (WoBindG), die in den Fällen festgesetzt wird, in denen Wohnungen für Personen, die aufgrund ihres Einkommens nicht zum Kreis der Wohnberechtigten zählen, aus besonderen Gründen von der Belegungsbindung freigestellt werden.*

Eine Petentin, die zur Ausgleichszahlung nach dem WoBindG verklagt wurde, wandte sich an den Petitionsausschuß, weil sie sich ungerecht behandelt fühlte. Sie war Eigentümerin eines Mehrfamilienwohngebäudes, in dem sie selbst eine Wohnung bewohnte. Die für das Gebäude gewährten öffentlichen Mittel hatte sie vorzeitig zurückgezahlt. Zwar unterliegen die Wohnungen bis zum Ende der Nachwirkungsfrist noch den Vorschriften des Gesetzes; die in früheren Jahren erhobene Fehlbelegungsabgabe brauchte sie jedoch ab 1. Januar 1990 nicht mehr zu zahlen, weil das NRW-Gesetz eine Ausnahme von der Leistungspflicht vorsieht, wenn die öffentlichen Mittel ohne rechtliche Verpflichtung vorzeitig zurückgezahlt worden sind.

Am 1. Februar 1991 wurde eine Wohnung in der ersten Etage des Wohnhauses der Petentin frei. Die Petentin hatte bis dahin in der zweiten Etage gewohnt. Da sie schwerbehindert war, erbat sie die Freistellung der frei werdenden Wohnung von der Belegungsbindung, da sie diese wegen ihrer Schwerbehinderung selbst nutzen wollte. Dem Antrag wurde vom Amt für Wohnungswesen entsprochen, allerdings unter der Auflage, eine Ausgleichszahlung zu leisten. Die Landesregierung hat sich in ihrer Stellungnahme der Auffassung der Petentin, daß im Falle des Verzichts auf die Fehlbelegungsabgabe grundsätzlich auch eine Freistellungsausgleichszahlung nicht in Betracht kommen sollte, angeschlossen. Die Verwaltungsvorschriften zum WoBindG wurde mit Wirkung vom 1. Juni 1991 entsprechend geändert und die Erstattung der Ausgleichszahlung insoweit veranlaßt.

Der Petitionsausschuß sah darüber hinaus hinreichende Gründe für den Verzicht auf die Erhebung der Ausgleichszahlung auch für die vorhergehenden Monate. Er empfahl daher der Landesregierung, wegen der Besonderheiten des Falles aus Billigkeitsgründen die Ausgleichszahlung gänzlich zu erstatten.

eben so, daß die von Ihnen unterstellte und immer propagierte Bioverfügbarkeit von Dioxin durch Kieselrot so nicht gegeben ist.“ Entscheidend sei der Luftpfad.



*Der alten Renaissancestadt Jülich in Geschichte und Gegenwart war eine Ausstellung im Foyer des Landtags gewidmet, für die gleich vier Veranstalter verantwortlich zeichneten: Das Forschungszentrum Jülich GmbH, die Rheinbraun AG Tagebau Hambach, der Förderverein Zitadelle Jülich e.V. sowie das Römisch Germanische Museum Jülich. Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (M.) eröffnete die Ausstellung noch vor der Jahreswende im Beisein von Wirtschaftsminister Günter Einert (5. v.l.) sowie Wissenschaftsministerin Anke Brunn (beide SPD, r.) und der Abgeordneten Joachim Schultz-Tornau (F.D.P., 4. v.r.) und Adolf G. Retz (SPD, 3. v.r.). Der Betrachter stieß zunächst auf eine große Schautafel eines insgesamt neun Meter breiten Straßenprofils von der ersten Römerstraße bis zur B 55 (alt). Das Ganze firmierte unter dem Stichwort „2000 Jahre Straßenbau“. Die Rheinbraun AG informierte über Grabungsergebnisse, über die Römerstraße zwischen Köln und Aachen, über Straße und Kult (Totenkult). Unter der Überschrift High-Tech auf historischem Boden konnte der Besucher anhand der Schautafeln des Forschungszentrums (KFA) den Sprung ins 20. Jahrhundert machen. Dort wurde unter anderem über Gesundheit und Umwelt sowie Energie, aber auch über spezielle Forschungsaufgaben der Mikrobiologie oder über Ortungstaster für Atome Auskunft gegeben. Foto: Schüler*

## Kieselrot: Grünen wird ...

Fortsetzung von Seite 17

**Umweltminister Klaus Matthiesen** (SPD) erklärte, er habe nicht reden wollen, aber der Beitrag des Herrn Vesper strotze vor Unterstellungen. Das sei genau die Masche, die der CDU-Kollege eben richtig beschrieben

habe. Die Grünen seien an einer sachlichen Wahrnehmung der Ergebnisse sehr sorgfältig durchgeführter Untersuchungen überhaupt nicht interessiert, und zwar deshalb nicht, weil, wenn man ihnen auch noch das Thema Dioxine und die damit verbundene Angstmasche nehme, ihnen überhaupt kein Thema mehr verbleibe, mit dem sie noch in die Öffentlichkeit kommen könnten. „Es ist

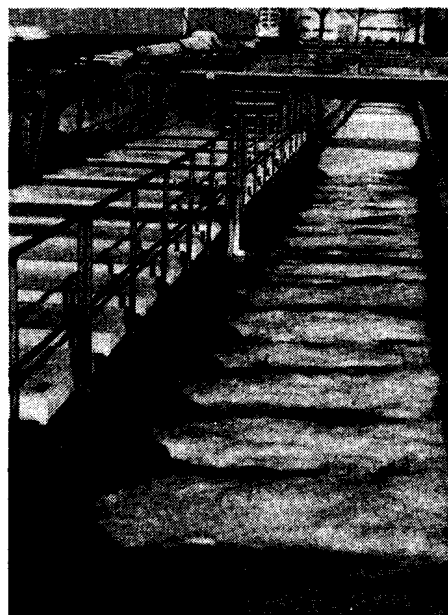
## Wasserkosten mancherorts enorm hoch **Kommunalpolitiker suchen gemeinsam nach Ausgleich bei hohen Gebühren**

*Zu einem geeigneten Instrumentarium, Bürger in Gemeinden mit besonders hohen Abwassergebühren zu entlasten, will der Ausschuß für Kommunalpolitik zusammen mit dem Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz den Rat von Sachverständigen in einer Anhörung einholen. Das ergab die Aussprache über den CDU-Antrag „Gerechte Abwassergebühren durch eine differenzierte Landesförderung von Abwasserbeseitigungsmaßnahmen“ in der von Vorsitzendem Dr. Jörg Twenhöven (CDU) geleiteten Sitzung am 8. Januar. Bis zum März soll das Innenministerium dazu in einer Umfrage die aktuelle Höhe der Gebühren in den Kreisen und Kommunen ermitteln.*

Eigentlich sollte der Antrag abschließend beraten werden. Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) hatte mitgeteilt, das Kabinett sei sich über gezielte Hilfen für Gemeinden einig, in denen die Gebühren für die Abwasserbeseitigung die Grenze des Zumutbaren überschritten. An pauschale Investitionszuschüsse sei gedacht. In der SPD-Fraktion befaßten sich Mitglieder mehrerer Ausschüsse mit der Frage, wie die Höhe der Abwassergebühren mit Landesmitteln beeinflusst werden könne. Der kommunalpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Reinhard Wilmbusse, ließ durchblicken, daß das Vorhaben, die Gebühren zu subventionieren, nicht der beste Weg sei. Aber: „Wir müssen dem Bürger helfen“, sei die Meinung der Fraktion. Von diesen Mitteilungen zeigten sich die anderen Fraktionen überrascht. CDU-Sprecher Franz-Josef Britz wies darauf hin, daß der Vorschlag seiner Fraktion als Ergebnis längerer Diskussion bereits im April eingebracht worden sei, die SPD jedoch immer

wieder Vertagung der Beratung beantragt habe. Die Sprecherin der GRÜNEN-Fraktion, Bärbel Höhn, beschwerte sich zunächst über wiederholtes Verweigern inhaltlicher Aussprachen im Ausschuß und schlug, nachdem keine der beiden Lösungen zu überzeugen schien, eine Anhörung vor, da bis zu haushaltswirksamen Entscheidungen ohnehin noch einige Monate Zeit zur Verfügung stünden. F.D.P.-Sprecher Michael Ruppert hielt eine Anleitung für die einheitliche Gebührenermittlung für nötig und schloß sich wegen zweifelhafter Zweckmäßigkeit beider Vorschläge dem Anhörungsbegehren an. Auch die Fraktionen der SPD und der CDU erklärten sich mit diesem Verfahren einverstanden.

Die längere Aussprache hatte sich auch aus der Antwort des Umweltministers auf eine Frage des CDU-Abgeordneten Hans-Peter Lindlar aus Hennef/Sieg ergeben, wonach durch den Wegfall der Bonner Strukturhilfe künftig bereits begonnene Investitionsmaß-



*Höhere Umweltschutzaufgaben für die Abwasserbeseitigung treiben den technischen Aufwand, die Kosten und auch die Gebühren in die Höhe. Im Landtag werden besonders hohe Wassergebühren in einzelnen Gebieten als ungerecht für die betroffenen Bürger empfunden; es wird über einen Ausgleich nachgedacht.*

nahmen nicht mehr zuschufähig seien. Gegenstand dieser Frage waren ungedeckte Kosten von Kommunen, die aufgrund der erhöhten Auflagen des Gewässerschutzes und dank der Strukturhilfemittel mit dem Bau von aufwendigen Abwasserbehandlungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen begonnen haben.

## **Fachhochschulen Emscher-Lippe-Region**

Die Umwandlung der Abteilung Gelsenkirchen in eine selbständige Fachhochschule hielt Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) in der Aussprache über einen F.D.P.-Antrag für sinnvoll. Die dafür jährlich erforderlichen Haushaltsmittel von rund 15 Millionen Mark stünden jedoch noch nicht zur Verfügung. Die Aufnahme als Projekt des Handlungsrahmens für die Kohlegebiete werde derzeit geprüft. In der interministeriellen Arbeitsgruppe habe das Projekt einen hohen Stellenwert. Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.) begründete den Antrag mit der wissenschaftlichen Unterversorgung des Emscher-Lippe-Raumes und des Westmünsterlandes. Für beide Teilregionen lägen fertige Konzepte vor. Rudolf Apostel (SPD) hielt dem entgegen, in Gelsenkirchen könne durch Ausbau schneller etwas erreicht werden. Professor Dr. Horst Posdorf (CDU) stellte klar, die CDU halte die Verbindung Bocholt/Münster für vernünftig. Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN) bedauerte, daß für weiße Räume in NRW nacheinander Fachhochschulen gefordert würden, ohne daß inhaltliche Gesichtspunkte, etwa zukunftsweisende Wissenschaften, eine Rolle spielten.

### **radio NRW: Neues Studio**

Der Sender radio NRW GmbH, dessen Geschäftsführung ihren Sitz in Oberhausen hat, wird sein Außenstudio zur Berichterstattung über Landespolitik in Düsseldorf im neuen Medienhaus einrichten.

## **Petitionsausschuß: Aufgaben nicht erfüllbar**

### **Keine Zeit für Gespräche mit Gefangenen**

*„Es ist richtig“, teilte der Petitionsausschuß einer Sozialoberinspektorin Ende 1991 mit, „daß die Situation des Sozialdienstes im Vollzug ... den zu bewältigenden Aufgaben nicht gerecht werden kann.“ Allerdings habe die angespannte Haushaltslage bisher personelle Verstärkungen nicht zugelassen, die für die Zukunft wünschenswert seien.*

Dem nicht gerade ermutigenden Bescheid waren ein besonderer Fleiß der Petentin beim Aufsetzen ihrer Eingabe, die gründliche Überprüfung der Stellenbewirtschaftung durch das Justizvollzugsamt Rheinland und seit 1990 erfolglose Anträge von dessen Präsident auf Haushaltsmittel für zwei Stellen vorausgegangen. Die Absage landete als Material beim Haushaltsausschuß des Landtags. Der Sozialdienst im Vollzug hofft auf das nächste Jahr.

Die Sozialoberinspektorin hatte in ihrer Eingabe, die sie ordnungsgemäß auf dem Dienstweg an den Anstaltsleiter, jedoch mit neun Durchschriften an weitere „Zuständige“, darunter den Petitionsausschuß des Landtags, richtete, ihren Dienst während eines Halbjahres rechnerisch und inhaltlich analysiert. In dieser Zeit waren in ihren zwei Abteilungen 175 Gefangene untergebracht. Bei einer Kapazität von 110 Gefangenen bedeute dies, daß in weniger als einem halben Jahr die Fluktuation die Stärke einer Abteilung erreichte. „Von diesen 175 Gefangenen habe ich 46 (noch) nie und 22 Gefangene einmal kurz gesprochen“, listete die Sozialarbeiterin auf, nachdem sie ausgerechnet hatte, daß ihr pro Monat stati-

stisch gesehen gerade 60 Minuten Arbeitszeit pro Gefangenen zur Verfügung stünden.

Zu ihren Aufgaben gehören Stellungnahmen zu Gnadengesuchen, zu Strafunterbrechungsgesuchen und Führungsberichte. Für Aktenstudium, Gespräche und Schriftsatz braucht sie durchschnittlich vier Stunden, so daß sie für drei von vier Gefangenenanliegen im Monat keine Zeit mehr hat. Eine Fülle weiterer Aufgaben verstärkt den Eindruck eines absolut unzureichenden Zeitbudgets. Von „Behandlungsvollzug“ könne, so die Oberinspektorin, nicht ansatzweise die Rede sein. Statt dessen werde Verwahrung, Verwaltung und Verwahrlosung praktiziert, was die Gefangenen der Resozialisierung nicht näherbringe.

Gemäß Richtlinien des Justizministers werden bei den Justizvollzugsanstalten staatlich anerkannte Sozialpädagogen eingestellt. „Sie helfen den Gefangenen, ihre Angelegenheiten selbst zu ordnen und zu regeln.“ Der oben genannten Anstalt obliegt zudem die Berufsbildung männlicher Strafgefangener, die sie nach der Entlassung auf den Wiedereintritt in das Berufsleben vorbereiten soll.

## CDU: Gymnasium auch in acht Jahren zu absolvieren

*Unter Vorsitz von Hans Frey (SPD) befaßte sich am 8. Januar der Ausschuß für Schule und Weiterbildung mit dem Antrag der CDU-Fraktion „Modellversuche: Konzentration und Straffung der Schulzeit an Gymnasien auf acht Jahre“ (Drs. 11/873).*

Kultusminister Hans Schwier (SPD) wies darauf hin, daß sich die neuen Länder an den Standards orientieren müßten, die für die alten Bundesländer gelten. Der Einigungsvertrag nenne in Artikel 37 das Hamburger Abkommen als Ausgangspunkt für eine Umstrukturierung des Bildungswesens. Dort sei von einem zwölfjährigen Gymnasium keine Rede. Die KMK habe diese Auffassung ausdrücklich bestätigt. Das gelte auch für die CDU/CSU-geführten Länder Bayern und Baden-Württemberg. Weiter erklärte der Minister, man könne die Verhältnisse in der Bundesrepublik nicht mit denen in anderen westeuropäischen Ländern vergleichen. Sicher sei aber, daß zum Beispiel in Frankreich in zwölf Schuljahren

mehr Unterrichtszeit stattfinde als in der Bundesrepublik in 13 Jahren. Eine Verkürzung um ein Jahr brächte den Schülerinnen und Schülern eher Nachteile als Vorteile. In jeder Schule gebe es Schüler, die den Stoff in kürzerer Zeit bewältigen können. Der nordrhein-westfälische Modellversuch zeige dies. Insofern brauchten keine neuen Modellversuche gestartet zu werden. Im Sinne einer Individualisierung der Bildungsgänge werde aber darüber nachgedacht, wie denjenigen Schülerinnen und Schülern Rechnung getragen werden kann, die den Bildungsgang ohne Qualitätsverlust ein Jahr früher beenden können. Erste Zwischenergebnisse würden Ende Februar erwartet und dem Ausschuß für Schule und Weiterbildung zugänglich gemacht. Herbert Heidmann (SPD) stellte in der Aussprache zur stattgefundenen Anhörung fest, die überragende Mehrheit der Experten habe sich gegen eine Schulzeitverkürzung ausgesprochen. Weder eine grundsätzliche Änderung der gymnasialen Schulzeit noch Modellversuche seien deshalb angezeigt. Beatrix Philipp (CDU) widersprach dieser Auffassung. Sehr wohl habe das Hearing deutlich gemacht, daß Handlungsbedarf bestehe. Ihr sei es unbegreiflich, warum sich die SPD gegen den Antrag wehre. Andreas Reichel (F.D.P.) erklärte, seine Fraktion werde dem Antrag zustimmen, weil

er in die richtige Richtung ziele, nämlich Bildungsinhalte neu zu bestimmen. Brigitte Schumann (DIE GRÜNEN) sah keinen Bedarf, weder die Schulzeit zu verkürzen noch Modellversuche einzurichten. Als weiteren Schwerpunkt behandelte der Ausschuß den ihm vom Landtag zur Mitberatung überwiesenen Antrag der Grünen-Fraktion „Die Gewalt gegen Schwule bekämpfen — Landespolitisches Maßnahmenprogramm“ (Drs. 11/2144). Kultusminister Schwier stellte fest, es bedürfe nicht einer von den Antragstellern geforderten Informationskampagne. Gisela Meyer-Schiffer (SPD) meinte, der Antrag stelle einen Rückschritt hinter die schon bestehenden Maßnahmen dar. Veränderungen im Bewußtsein der Bevölkerung seien gefragt, nicht eine Initiative von oben. Brigitte Schumann (DIE GRÜNEN) forderte, Homosexualität müsse Gleichberechtigung neben anderer Sexualität erfahren. Die Schule habe dazu ihren Beitrag zu leisten. Andreas Reichel (F.D.P.) erklärte, durch den Antrag solle die Schule zum Reparaturbetrieb der Gesellschaft degradiert werden. Beatrix Philipp (CDU) teilte das Anliegen dem Grund nach; der Antrag sei jedoch sehr unpädagogisch formuliert. Ihre Fraktion sehe keinen Handlungsbedarf. Dem federführenden Ausschuß für Innere Verwaltung wurde empfohlen, den Antrag abzulehnen.

## Emscherklärschlamm soll aus Sachsen-Anhalt zurückgeholt werden

*Im Rahmen einer Aktuellen Viertelstunde befaßte sich am 8. Januar der Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung unter der Leitung von Werner Stump (CDU) mit dem Export von PCB-belastetem Klärschlamm aus dem Ruhrgebiet in das Bundesland Sachsen-Anhalt. Das geschah auf Antrag von Gerhard Mai (DIE GRÜNEN).*

In seinem Bericht erläuterte Staatssekretär Dr. Baedeker vom Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, es handele sich dabei um mindestens fünf Jahre alte Klärschlämme aus dem Klärwerk der

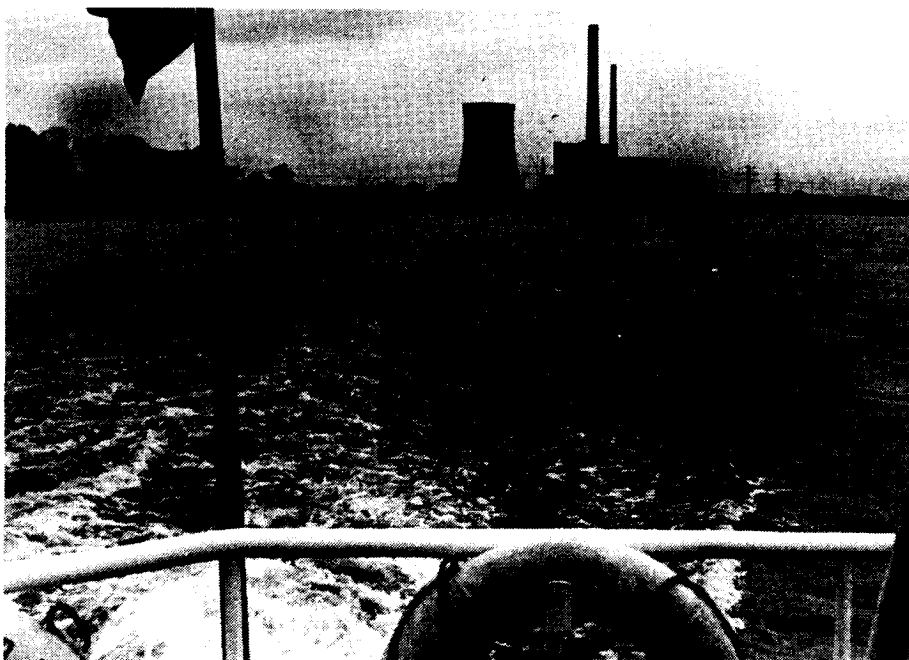
Emschergenossenschaft in einer Menge von 2500 Tonnen. Dem entwässerten, kohlehaltigen Schlamm sei Feinkohle beigegeben worden, um den Stoff als Heizwertsubstitut einsetzen zu können.

Dieser angereicherte Klärschlamm sei von der Emschergenossenschaft versuchsweise in Kraftwerken im Bundesland Sachsen-Anhalt verfeuert worden, um zu prüfen, ob damit die ungünstigen Emissionswerte dieser vorwiegend auf Braunkohlebasis arbeitenden Feuerungsanlagen verbessert werden können.

„Das Ergebnis war nicht positiv“, teilte der Staatssekretär mit. Der Einsatz von Emscherklärschlamm in den veralteten Kraftwerken in den neuen Bundesländern müsse kritisch beurteilt werden. Als Folge davon seien der Transport weiterer Mengen nach Sachsen-Anhalt und die Lagerung in dortigen Bundesland untersagt worden. Die Emschergenossenschaft sei gedrängt worden, die Klärschlammengen zurückzunehmen — ein genauer Zeitpunkt sei hier noch nicht zu nennen — und in die geordnete Verwertung zu geben. Außerdem solle sich die Genossenschaft, die bisher ihren mit Kohle versetzten Klärschlamm in eigenen Anlagen oder in größeren Mengen im benachbarten Belgien verbrannt habe, um eine neue Entsorgungsstruktur für Klärschlämme „bemühen“.

Auf die Frage des PCB-Gehalts angesprochen, bezifferte Baedeker den Wert auf 10 ppm. Er sei auf Gruben- und Sumpfungswässer des Bergbaus zurückzuführen. Da der Bergbau sich aber für den Ersatz PCB-haltiger Hydrauliköle unter Tage stark mache, sei diese Belastung ein Umstand, der sich in nächster Zeit reduzieren werde, quasi also ein „auslaufendes Problem“.

Der Staatssekretär wies mit Nachdruck die Darstellung zurück, es habe sich bei der Lieferung des Klärschlammes nach Sachsen-Anhalt um einen illegalen Abfalltransport gehandelt. Durch die Anreicherung mit Kohlestaub sei der Klärschlamm zu einem Brennstoffsubstitut gemacht worden. Auf die problematische Abgrenzung der Begriffe „Abfall“ auf der einen und „Wirtschaftsgut“ auf der anderen Seite angesprochen, räumte Baedeker ein, daß man mit der Definition als Wirtschaftsgut nicht glücklich sei. Dies sei aber keine Angelegenheit des Landes, sondern könne nur bundesrechtlich geregelt werden.



*Vom Rhein in Richtung Elbe — diese Reise hat sich für den Klärschlamm aus dem Klärwerk an der Emschermündung, die ein paar Schritte flußaufwärts vom hier abgebildeten Kraftwerk Voerde bei Dinslaken liegt, nicht gelohnt: In Sachsen-Anhalt liegt der behandelte Klärschlamm auf Halde und soll zurücktransportiert werden.*

## Literatur

# Roter Adler über dunklen Kiefernwäldern

## Christian Graf von Krockows empfehlenswerter Wegweiser durch die Mark Brandenburg

„Steige hoch, du roter Adler, hoch über Sumpf und Sand, hoch über dunkle Kiefernwälder, heil dir, mein Brandenburger Land“ habe ich vor vielen Jahren als Bundeswehrosoldat beim Marschieren durch ein norddeutsches Übungsgelände gesungen, das der Landschaft im Lied wohl nicht unähnlich war. Seitdem empfand ich die märkische Heide als Traum: eine weite karge Gegend voller Geheimnisse und Einsamkeiten, von der inneren Projektion auf die eigene Seelenleinwand geworfen. Ich habe lange nicht gewußt, was das mit dem roten Adler auf sich hatte. Aber das Bild dieses märchenhaften heraldischen Vogels, über den dunkelgrünen Schirmen der Kiefern schwebend, war erstaunlicherweise bis heute immer abrufbar. Je weiter weg, desto leichter. Vielleicht ist es tatsächlich so, daß die innere Welt erst in der größten Ferne merklich an Kontur gewinnt.

Der märkische Sand also. Den hat doch schon einer der großen unter den deutschen Dichtern, ein Autor, würde man heute sagen, beschrieben, beschworen. Wie jetzt Christian Graf von Krockow seine Fahrten durch Brandenburg unternommen hat, erging sich Theodor Fontane in Wanderungen durch diese Mark. Aus der Schulzeit ist noch der Stechlin geläufig: Menschen des vorigen Jahrhunderts, Adel und Volk wiederum in dieser von Heide und Seen gekennzeichneten, mit dem Begriff und der Vorstellung von Preußen eng verwobenen Region.

Brandenburger Land als Traumland. Graf von Krockow hat allen Lesern einen Leitfaden an die Hand gegeben, mit dem zweierlei erreichbar ist: Der Traum kann dank der deutschen Vereinigung mit der Wirklichkeit abgeglichen werden. Gleichzeitig weist sein

Buch „Wege in unsere Geschichte“, so auch der Untertitel. Es sind literarische Wege, die Krockow aufzeichnet und die der interessierte Zeitgenosse begehen kann. Und es sind weitgehend Wege, die Fontane auch verfolgt hat. Krockow weist deshalb auch schon in seinem Vorwort darauf hin, sein Buch sei auch als Huldigung an seinen großen Vorgänger zu verstehen. Vergleichende Texte, kursiv gesetzt, aus Fontanes Feder, begleiten den Leser denn auch durch das gesamte Buch.

Nun, da die Grenzen gefallen sind, läßt sich für jedermann aus der geeinten Republik das Damals und das Heute vergleichen. Zwar sind die Adelsleute vertrieben, viele der Sitze sogenannter Junker nach dem Krieg planiert, Güter und Schlösser verfallen, aber der steinerne Faden zieht sich immer noch wahrnehmbar in Brandenburg von Preußen bis in die inzwischen auch gewesene DDR. „In Staub mit allen Feinden Brandenburg.“ Graf von Krockow wertet diesen Satz so: „Inzwischen scheint der Ruf beinahe prophetisch erfüllt.“

Krockow, der mit seinem Bericht „Die Reise nach Pommern“ bereits einmal einen literarischen Ausflug in die Vergangenheit einer ehemals deutschen Landschaft unternommen hatte, beginnt seine Brandenburger Reise in Lehnin und Chorin. Und er stimmt wiederum mit Fontane den Leser auf seine Reise ein: „Zuerst Tannen. Ah, wie die Stille des Waldes alles labte: Der Wind schwieg, und jedes Wort, wenn auch leise gesprochen, klang laut im Widerhall.“ Etwas später ist zu erfahren, daß in Lehnin das Luftsturmregiment 40 der einstigen NVA gelegen hat. Deutsche Gegensätze.

Oranienburg mit seiner Schloßanlage, deren

Name an die Wahlverwandtschaft mit den Niederlanden erinnert; Küstrin, Königshorst, Protzen, Wustrau, Fehrbellin, Orte und Namen, die für Bewohner der alten Bundesländer bis dato beinahe unbekannt waren. Da ist noch Neuruppin, das Graf von Krockow die „preußischste aller preußischen Städte“ nennt, jedenfalls seit Potsdam in der Kriegsnacht des 14. April 1945 „so tief verwundet“ wurde. Tucholskis Rheinsberg und dann Liebenberg. Im dortigen Seehaus läßt Krockow „Schattenfiguren eines deutschen Jahrhunderts“ entstehen. Er plaziert vier Männer um Mitternacht in einer gespenstigen Runde vor längst erloschenem Kamin: Kaiser Wilhelm II, den Sozialdemokraten und Ministerpräsidenten in Weimarer Zeit, den „ungekrönten König von Preußen“, Otto Braun, dann den letzten preußischen Ministerpräsidenten, Reichsjägermeister, Luftwaffenoberbefehlshaber usw. Hermann Göring, und den Vorsitzenden des Staatsrates und SED-Generalsekretär Erich Honecker.

Der literarische Ausflug in deutsche Vergangenheiten bekommt so einen beklemmenden politischen Akzent. Aber der Weg endet nicht mit Honecker. Brandenburg steht vor einem neuen Anfang. Das neue Bundesland ist Partnerland Nordrhein-Westfalens. Den Menschen an Rhein und Ruhr sollte deshalb eine Reise dorthin besonders am Herzen liegen. Krockows Buch ist dazu ein guter Wegweiser.

Eckhard Hohlwein

(Christian Graf von Krockow, *Fahrten durch die Mark Brandenburg, Wege in unsere Geschichte*, Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart, 1991, 352 Seiten, Leinen, 38 Mark.)

## Bundesgesetz angemahnt

In einem vom Landtag Ende vergangenen Jahres angenommenen Antrag hat die SPD auf die Notwendigkeit der schnellen Verabschiedung eines Bundesaltenpflegegesetzes (Drs. 11/2686) hingewiesen. Dabei erinnerte **Anne Garbe** (SPD) an die vergeblichen Versuche der Bundesregierung, in dieser drängenden Frage voranzukommen. **Georg Gregull** (CDU) bemängelte an dem seiner Meinung nach „dünnen“ Antrag der SPD, daß in ihm Aussagen zur Altenpflegehelferausbildung fehlten. Für **Heinz Lanfermann** (F.D.P.) fand sich auch im dazu von den Grünen vorgelegten Entschließungsantrag (Drs. 11/2934) vieles, über das einvernehmlich zu diskutieren sei. **Daniel Kreutz** (DIE GRÜNEN) verlangte ebenfalls die Verabschiedung eines Bundesgesetzes, konnte aber den von der SPD behaupteten zeitlichen Druck nicht nachvollziehen. Gesundheitsminister **Hermann Heinemann** (SPD) schloß eine Bundesratsinitiative des Landes nicht aus, um den in diesem Bereich Beschäftigten die notwendige Sicherheit zu geben.



Zur Unterstützung der Fair-play-Initiative der Deutschen Olympischen Gesellschaft hat die DOG-Jugend aus Köln und Leverkusen den Landtag besucht. Als Diskussionspartner standen den 16- bis 22-jährigen jungen Leuten der SPD-Abgeordnete Hans Alt-Küpers sowie der Präsident des Landesrechnungshofs, Professor Dr. Eberhard Munzert, zur Verfügung. Man war sich einig, daß der Spitzensport Gefahr laufe, sich zu einem Zirkusspektakel zu entwickeln. Der Sport und die Aktiven brauchten eine neue Ethik. Foto: Büttner

## SPD-Fraktion

### SPD will die kommunale Selbstverwaltung stärken

Die SPD-Landtagsfraktion will noch vor der Sommerpause eine große kommunalpolitische Konferenz veranstalten. Das kündigte Professor Dr. Friedhelm Farthmann an. Hauptthemen seien das Verhältnis zwischen dem Land und seinen Kommunen und die nicht mehr hinnehmbare Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden.

Die SPD-Landtagsfraktion will nach den Worten Farthmanns eine ehrliche Diskussion führen über die Aufgaben- und Finanzverteilung zwischen Bund, Land und Kommunen. Seine Fraktion wolle mit den Kommunalpolitikern gemeinsam darüber

beraten, wie das Verhältnis zwischen Land und Kommunen entbürokratisiert und modernisiert werden könne. Die Zeiten, in denen von oben herab alles bis ins kleinste Detail geregelt werde, seien vorbei.

Farthmann machte zudem deutlich, daß das Land bei der derzeitigen Verteilung der Steuermittel den Kommunen nicht mehr Geld geben könne. Der SPD-Fraktionsvorsitzende verwies darauf, daß im Haushaltsjahr 1992 die Zuweisungen an die Kommunen insgesamt um über sechs Prozent gegenüber 1991 steigen. Der Zuwachs des Landeshaushaltes liege dagegen nur bei 3,6 Prozent. Hinzu komme, daß der ungerechte und längst überholte Bund-Länder-Finanzausgleich die Autonomie der Länder untergrabe und mittlerweile voll auf die Gemeinden durchschlage.

★

Eine Kommission des Landtags soll auf Antrag die Erarbeitung der neuen Bundesverfassung beglei-

ten. Sie soll dazu beitragen, daß die Stellung der Bundesländer im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung gestärkt wird und die politische und finanzielle Eigenständigkeit der Länder erhalten bleibt.

„Wir haben jetzt die große Chance, die Arbeit der gemeinsamen Verfassungskommission des Bundestages und des Bundesrates durch Anregungen und Stellungnahmen zu begleiten“, erklärte der SPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Büssow zu dem Beschluß seiner Fraktion. Die föderative Ordnung habe sich als tragendes Verfassungsprinzip der Bundesrepublik Deutschland bewährt, das es nun zu sichern und zu vervollkommen gelte.

Nach den Vorstellungen der SPD-Landtagsfraktion sollen die Bundesländer im Bereich der Gesetzgebung gegenüber dem Bund gestärkt werden. Die Landesregierung wird aufgefordert, im Bundesrat keinen Beschluß zu fassen, der zu einer Einschränkung der Gesetzgebungskompetenz der Länder führen könnte.

## CDU-Fraktion

### NRW-Drogenpolitik ein Desaster

Als ein „Desaster“ für die Drogenpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen hat der sozialpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Hermann-Josef Arentz, die NRW-Drogenbilanz des Jahres 1991 bezeichnet. „Das Land Nordrhein-Westfalen hat 499 Drogentote zu verzeichnen — 43 Prozent mehr als im Vorjahr — und das Thema Drogen ist dem Ministerpräsidenten in seiner Neujahrsansprache keine Erwähnung wert. Dies ist bezeich-

nend“, kritisierte Arentz. „In einer dramatischen Situation beschränkt sich Minister Heinemann auf ein Methadon-Programm für 200 Personen. Ansonsten ist von aktiver Bekämpfung der Drogensucht nichts zu spüren. Nur für jeden hundertsten Süchtigen steht derzeit ein Therapieplatz zur Verfügung — rund 500 im ganzen Land. Es gibt lediglich 29 stationäre und eine geringe Anzahl ambulanter Nachsorgeplätze. Wer weiterhin keine ausreichende Zahl von Entgiftungs- und Therapieplätzen für Entzugswillige bereitstellt, macht sich mitschuldig auch an der steigenden Zahl der Drogentoten“, so Arentz. Den Nachholbedarf habe eben erst ein Modellprojekt des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe in Dortmund bewiesen. Das Motto lautete: „Therapie sofort“. Das

Ergebnis: Binnen weniger Wochen meldeten sich so viele Entzugswillige, daß wieder — wie sonst überall in NRW auch — endlose Wartelisten angelegt werden mußten.

„In ihrer Hilfslosigkeit sind die Sozialdemokraten jetzt auf dem Weg, Drogen freizugeben. Sie erzeugen damit bewußt den Eindruck, es gebe kein wirksames Mittel gegen das Wachstum der Sucht. Dabei zeigen Beispiele aus Zürich oder Amsterdam, daß eine derart permissive Politik das Problem verschärft. Schweden und die USA haben dagegen bewiesen, daß bewußt restriktive Drogenpolitik in der Lage ist, die Schwierigkeiten einzudämmen.“

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

## F.D.P.-Fraktion

### Gegen Roten Filz — ein Neutralitätsgesetz

„Filz im Lande und in den Kommunen“ wird die F.D.P.-Landtagsfraktion auch im Jahr 1992 thematisieren. Auch wenn sich die Landesregierung — einmalig in der Geschichte des Landtags — weigert, eine Kleine Anfrage der F.D.P. zur Verfilzung von Staat und SPD zu beantworten, wird die F.D.P. von diesem Thema nicht ablassen.

Da die vom Ministerpräsidenten herausgegebenen „Hinweise zur Aufgabenerfüllung im öffentlichen Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen“ nach der Filz-Debatte im Sommer und im Herbst

'91 als unverbindliche Hinweise nach Ansicht der Liberalen nicht ausreichen und der F.D.P.-Antrag zum Verhaltenskodex für Mitarbeiter der Landesregierung abgelehnt wurde, hat die F.D.P.-Landtagsfraktion einen „Gesetzentwurf zur Sicherstellung der Neutralität des Staates gegenüber einer politischen Mehrheit“, das sog. „Neutralitätsgesetz“ vorgelegt, um rechtsverbindliche Regelungen einzuführen. Damit soll sichergestellt werden, daß die Beamtenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen nur dem Staat und nicht einer Partei verpflichtet ist. Demokratie heißt Pluralität, dies gilt natürlich auch bei der Zusammensetzung der Beamtenschaft als unabhängige Staatsdiener.

Im einzelnen soll die Verpflichtung des Beamten zur parteipolitischen Neutralität hervorgehoben werden. Außerdem soll sichergestellt werden, daß Beamte nur auf Grundlage aktueller Beurteilungen von Eignung, Befähigung und fachli-

cher Leistung befördert werden dürfen. Bei herausgehobenen Positionen ab B3 muß der Landespersonalaussschuß eingeschaltet werden. Außerdem ist ein Beförderungsverbot unmittelbar vor und nach einer Landtagswahl vorgesehen, um sog. Panik-Beförderungen auszuschließen.

Schließlich ist vorgesehen, Generalstaatsanwälte und Polizeipräsidenten aus dem Katalog der politischen Beamten zu streichen, da eine der Pflicht zur „Übereinstimmung mit den grundsätzlich politischen Ansichten und Zielen der Landesregierung“ nicht mehr in die Zeit eines modernen demokratischen Staatswesens paßt. Die Spitzenbeamten in Staatsanwaltschaft und Polizei sollten, um ihren Auftrag im Rahmen von Rechtswirklichkeit und Rechtsdurchsetzung zu erfüllen, in besonderer Weise Recht und Gesetz verpflichtet und — im Rahmen dieser Verpflichtung — unabhängig sein.

## DIE GRÜNEN-Fraktion

### Umweltschlampereien an den Unikliniken

Auskunft über Umweltschlampereien an den Medizinischen Einrichtungen des Landes hat der umweltpolitische Sprecher der Grünen im Landtag, Gerd Mai, verlangt. Mai bezieht sich auf einen internen Bericht des Landesrechnungshofes, der den Medizinischen Einrichtungen des Landes ein Versagen bei der Abfallvermeidung attestiert hatte. Nach Informationen der Grünen haben sich diese „erschreckenden Zustände“ zumindest am Klinikum Aachen immer noch nicht geändert.

Mai mahnt nun eine wirksame Kontrolle durch die Landesregierung an: „Die Landesregierung ist offensichtlich nicht in der Lage, in ihrem eigenen Bereich Mindeststandards im Umweltschutz durchzusetzen.“

In dem Bericht vom Juni 1990 hatte der Landesrechnungshof festgestellt: „Schwermetallhaltige Entwickler- und Fixierlösungen aus Röntgen- und Fotoabteilungen wurden teilweise über das Abwasser beseitigt. Die Möglichkeiten zur Abfallvermeidung und Wiederverwertung werden nicht ausgeschöpft.“ Nur in Bonn und Köln wird Altpapier getrennt gesammelt. „Die übrigen medizinischen Einrichtungen entsorgen Papierabfälle im wesentlichen als Hausmüll. Glasabfälle werden überwiegend als Hausmüll entsorgt und nur zu einem geringen Teil der Wie-

derverwendung zugeführt.“ Kunststoffabfälle werden außer in Bonn „überwiegend dem Hausmüll beigegeben“.

Nach Informationen von Mai haben sich diese skandalösen Zustände bisher kaum geändert. So existiert am Klinikum Aachen bis heute keine getrennte Sammlung von Papier, Glas und Kunststoff. In einer Anfrage will der grüne Parlamentarier nun von der Landesregierung wissen, an welchen Medizinischen Einrichtungen flächendeckende Erfassungssysteme für Altpapier, Glas und Kunststoff bestehen und wo an einer Reduzierung des Hausmülls gearbeitet wird. Weiter fragt Mai, ob inzwischen sichergestellt sei, daß Entwicklungsbäder und andere Chemikalien nicht mehr in die Kanalisation geleitet werden.

## Störungsfreie Arbeit der öffentlichen Archive gesichert

Das Archivgesetz hat zwei Jahre nach seinem Inkrafttreten feststellbar positive Auswirkungen. Darauf verweist das Kultusministerium in seiner Antwort auf die Kleine Anfrage der SPD-Abgeordneten Manfred Böcker, Dr. Bernd Brunemeier, Dr. Eugen Gerritz, Reinhard Grätz, Jarka Pazdziora-Merk, Marita Rauterkus, Karl Schultheis, Horst Sommerfeld und Ernst Walsken (Drs. 11/2735 und 2979).

Das Ministerium berichtet, seit Inkrafttreten des Archivgesetzes Nordrhein-Westfalen sei allgemein eine deutlich zunehmende Sorge der Verantwortlichen für das öffentliche Archivgut festzustellen. Neue Archive seien eingerichtet worden, die Situation bestehender Archive habe sich verbessert. Mit seinen „legaldefinierten Tatbeständen“ habe das Gesetz die störungsfreie Arbeit der öffentlichen Archive sichergestellt und damit vor allem die Übernahme archivwürdiger Unterlagen und deren Verwahrung im Archiv ebenso wie deren Nutzung erleichtert, in einigen Bereichen sogar erst wieder ermöglicht. „Die positive Wirkung des Gesetzes sowohl auf das Zusammenwirken von Archiven und abgabepflichtigen Stellen als auch das Verhältnis von Archiven und Benutzern ist unverkennbar“, heißt es in der Antwort. Nach den vorliegenden Informationen habe sich das Archivgesetz auch im Bereich des kommunalen Archivwesens bewährt. Wie bei den staatlichen Archiven sei die Arbeit der bestehenden großen und kleineren Kommunalarchive wie zum Beispiel Stadt- und Kreisarchive durch das Gesetz verbessert worden. Ihre Position innerhalb der Kommunen sei nicht unwesentlich gestärkt. Die Antwort schließt, durch die im Gesetz geregelte Ablieferungspflicht habe sich die Bereitschaft der Behörden zur Abgabe ausgedehnten, archivwürdigen Registraturguts an die zuständigen Archive deutlich erhöht.

### LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe  
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,  
Postfach 1143.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 884 2303, 884 2304 und 884 2545, btx: # 56801\*

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tscholtsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (DIE GRÜNEN), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Roland Grzelski (DIE GRÜNEN), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf  
ISSN 0934-9154

## Porträt der Woche



Anne-Hanne Siepenkothen (CDU)

Ihr parlamentarisches Herz gehört dem Petitionsausschuß, „kommt man doch dort viel mehr in Kontakt mit den Bürgern als in den anderen Ausschüssen“, sagt Anne-Hanne Siepenkothen, die 1985 erstmals und 1990 erneut für die CDU ein Landtagsmandat errang. „Immerhin gehen rund ein Viertel aller Petitionen für die Petenten günstig aus — das sind schöne Erfolgserlebnisse für eine Politikerin in der Opposition.“ Zwar engagiert sich die Düsseldorferin bei dieser Arbeit besonders für die Behinderten und Kriegsverletzten, doch versucht sie, möglichst viele Themengebiete abzudecken. „Man darf sich nicht allein auf einen Bereich konzentrieren. Das macht nur betriebsblind.“

Nun arbeitet die 42jährige in ihrer zweiten Legislaturperiode für die CDU-Fraktion im Landtag. Ihr politisches Engagement geht auf eine spontane Entscheidung zurück: Als sie im Landtagswahlkampf 1975 auf einen Informationsstand der Jungen Union stieß, entschloß sie sich prompt, der Jungen Union und der CDU beizutreten. 1980 wurde sie in den Vorstand der Düsseldorfer JU gewählt, wo sie zuletzt stellvertretende Kreisvorsitzende war. Sie wurde Mitglied der Frauenunion — dies aber anfangs, wie die Verbandsvorsitzende der KABF Westdeutschland heute freimütig gesteht, zuerst mit einer gewissen Skepsis. „Leider Gottes ist jedoch eine Vereinigung wie die Frauenunion auch heute noch sehr notwendig. Die Frauen brauchen eine Lobby, um sich durchzusetzen.“ Allerdings: Von einer Quotenregelung hält sie nichts, man sehe ja in der SPD, wohin dies führe, wenn zum Beispiel in Dortmund — trotz der Quote — alle sechs Wahlkreise mit Männern besetzt seien. Was nützten da die schönsten Absichtserklärungen? Frauen müßten statt dessen auch in der politischen Arbeit durch Qualität überzeugen.

Als 1985 die damalige CDU-Landtagsabgeordnete des Wahlkreises, Margarete Versteegen, nicht mehr für ihren Düsseldorfer Bezirk antrat, schlug die JU mit Erfolg den Delegierten vor, Anne-Hanne Siepenkothen als neue Kandidatin vorzuschlagen. Als „waschechte“ Düsseldorferin kannte sie die Probleme der dort lebenden Menschen. Allerdings waren in diesem „roten Wahlkreis“ die Chancen für den direkten Einzug ins Parlament gering.

Auch der Listenplatz schien nicht viel Hoffnung auf ein Landtagsmandat zu geben. Doch zur eigenen Überraschung schaffte sie den Sprung in den Landtag. Nach erstem Liebäugeln mit dem Schulausschuß entschloß sie sich dann — als aktive Reiterin und Vorsitzende des Reitvereins Düsseldorf-Eller lag dies nahe — für den Sport- und eben auch für den Petitionsausschuß, wo „eben ein ganz besonderes Klima herrscht. Hier geht man freundlicher und kooperativer miteinander um.“ Die Kleinarbeit im stillen, so porträtierte die Lokalpresse Frau Siepenkothen, sei mehr ihre Sache als die großen Reden. Sie sei „eine gute Adresse für alle, die von einem Abgeordneten nicht Gesten, sondern praktische Hilfen erwarten“.

Oft ist aber der Weg zum Erfolg mühevoll, wie das Beispiel der Düsseldorfer Polizeiwachen zeigt. Über eine Petition wurde sie auf die Zustände in der Wache an der Tannenstraße aufmerksam, durchgerostete Leitungen, mangelhaft ausgestattete Umkleieräume, alte Schreibmaschinen, bröckelnder Putz, der Personalmangel, der besonders deutlich wurde, als die Politikerin an einer nächtlichen Streifenfahrt teilnahm. „Da sieht man erst, wie groß der Schutzbereich ist und daß es zu wenig Einsatzwagen gibt, weil es an Beamten fehlt. Dann merkt man hautnah, wie schlecht es um die personelle Situation bei der Polizei bestellt ist.“

Inzwischen haben sich die Zustände in den Wachen gebessert, allerdings nur ansatzweise, denn „heute sitzen die Mäuse im Sofa“.

Peter Kummer

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist der Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

## Zur Person

### Geburtstagsliste

Vom 16. bis 28. Januar 1992

- 16. 1. **Johannes Rau** (SPD), 61 J.
- 16. 1. **Georg Gregull** (CDU), 60 J.
- 17. 1. **Bernhard Flessenkemper** (SPD),  
42 J.
- 19. 1. **Dr. Hans-Jürgen Lichtenberg** (CDU),  
52 J.
- 19. 1. **Karl-Heinz Rusche** (SPD), 51 J.
- 20. 1. **Hermann-Josef Arentz** (CDU), 39 J.
- 23. 1. **Gabriele Gorcitza** (SPD), 40 J.
- 26. 1. **Stefan Frechen** (SPD), 56 J.
- 28. 1. **Franz Skorzak** (CDU), 63 J.
- 28. 1. **Karl Schultheis** (SPD), 39 J.

★

**Johannes Rau**, Ministerpräsident, ist beim 11. ordentlichen Landesparteitag der SPD am 14. und 15. Dezember in Hagen mit 288 von 309 gültigen Stimmen zum Landesvorsitzenden wiedergewählt worden. Seine Stellvertreter wurden **Dr. Christoph Zöpel** mit 260 Ja- von 305 gültigen Stimmen sowie **Gabriele Behler** mit 236 von 299 Stimmen. Bei der Wahl der Beisitzer wurden 303 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die Landtagsabgeordneten **Jürgen Büsow** 186, auf **Professor Dr. Friedhelm Farthmann** 195, auf **Hans Frey** 157, auf **Reinhard Grätz** 151, auf **Dr. Bernhard Kasperek** 163 sowie auf **Ilse Ridder-Melchers** 191.

★

**Dr. Hans Kraft** (SPD), Mitglied des Sportausschusses im Landtag Nordrhein-Westfalen, wurde zum Vorsitzenden des Squash-Rackets-Landesverbandes NRW gewählt. Kraft hat sich zum Ziel gesetzt, das schnelle Spiel mit dem kleinen Ball stärker als bisher in das öffentliche Bewusstsein zu bringen.

★

**Wolfgang Clement** (SPD), Chef der NRW-Staatskanzlei, ist seit dem 1. Januar 1992 Kuratoriumsvorsitzender des Vereins „pro Ruhrgebiet“. Nach Angaben des in Essen ansässigen Vereins löste Clement damit den bisherigen Vorsitzenden, Dortmunder Oberbürgermeister Günter Samtlebe, ab.

★

**Dr. Peter Krug**, der im Kultusministerium ein Jahrzehnt an der Entwicklung der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen zuständig mitgewirkt hat, übernimmt die Leitung der Abteilung Weiterbildung des Ministeriums für Wissenschaft und Weiterbildung im Lande Rheinland-Pfalz. Der zukünftige Ministerialdirigent wird ab Januar 1992 seine Erfahrungen, Vorstellungen und Aktivitäten in eine „Weiterbildungsoffensive Rheinland-Pfalz“ einbringen.

★

**Dr. Karl-Martin Obermeier** (37) wird für radio NRW die Berichterstattung aus der Landeshauptstadt Düsseldorf übernehmen. Seit dem 1. Dezember 1991 hat radio NRW die Stelle eines Korrespondenten für diese Berichterstattung besetzt. Vor seinem Eintritt bei radio NRW arbeitete Obermeier als freier Journalist in Düsseldorf. Sein Spezialgebiet sind landespolitische Themen, Wirtschafts- und Wohnungsbaupolitik.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Zum vierten Mal hatten die Organisatoren, die Landtagsabgeordneten Helmut Hellwig und Siegfried Jankowski, zum Skat-Turnier in den Landtag eingeladen. Den „Ernst-Wilczok-Wanderpokal“ gewann der SPD-Abgeordnete Ludgerus Hovest mit der Rekordzahl von 2678 Punkten. Zweiter Sieger wurde der ehemalige CDU-Abgeordnete Bernhard Spellerberg mit 2311 Punkten, dritter Jürgen Schulkat, Gastteilnehmer aus Herne mit 1858 Punkten. Klaus Strehl, SPD-Abgeordneter aus Bottrop und Nachfolger von Ernst Wilczok im Wahlkreis, bekam als „Rotlicht des Turniers“ ebenfalls einen Pokal überreicht mit der Empfehlung, auch im Skat in die Fußstapfen seines Vorgängers zu treten. Das Startgeld in Höhe von 1800 Mark kam einem Projekt der Jugendkunstschule Wanne-Eickel zugute, in dem Künstler mit behinderten Kindern und Jugendlichen therapeutisch arbeiten. Das Bild zeigt den Turniersieger Ludgerus Hovest (Mitte) und die Organisatoren Siegfried Jankowski (links) und Helmut Hellwig (rechts).

## Land NRW ist an vielen Stiftungen beteiligt

### Für Kunst, Kultur und Wohlfahrt

Das Land Nordrhein-Westfalen hat als Alleinstifter, Mitstifter oder Zuschußgeber 16 selbständige private Stiftungen errichtet. Sie reichen von der Stiftung Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen bis zur Stiftung zur Förderung der Archäologie im Rheinischen Braunkohlenrevier.

Für die Stiftungen wendet das Land beträchtliche Haushaltsmittel auf. So waren 1991 unter anderem für die Stiftung Kunstsammlung 6,773 Millionen Mark oder für die Stiftung „Haus des Deutschen Ostens“ 1,5 Millionen Mark ausgewiesen.

Wie aus der Antwort von Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) auf eine Kleine Anfrage der stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden Ruth Hieronymi weiter hervorgeht, ist die einzige selbständige Stif-

tung des öffentlichen Rechts, die das Land Nordrhein-Westfalen als Alleinstifter errichtet hat, die Stiftung des Landes NRW für Wohlfahrtspflege. Für sie waren als Anteil an der Spielbankabgabe 1991 im Haushalt 45,750 Millionen Mark veranschlagt. Bei der Bundesstiftung „Stiftung Preußischer Kulturbesitz“ ist das Land Zuschußgeber. Im vergangenen Jahr 13,866 Millionen Mark.

★

Gemeinsam mit dem Mülheimer Künstler Peter T. Schulz hat die Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege für 1992 erstmals einen Kalender herausgegeben. Die Motive entstanden während einer „Maltour“ zu Projekten der Stiftung. Über 380 Anträge mit der Bitte um Unterstützung hat diese Stiftung seit ihrer Gründung 1986 bewilligt.